

Inhaltsverzeichnis

WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

WKU 1	Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)	84
WKU 2	Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten	85
WKU 4	Bürgerklimazentren in jeder Stadt	88
WKU 5	Genoss*innenschaften für alle!	90
WKU 6	Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!	92
WKU 7	Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen	93

AS - Arbeit und Soziales

AS 1	Mobile Arbeit fair gestalten	26
AS 2	Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt	27
AS 4	Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.	29
AS 5	Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente	30
AS 7	Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!	31
AS 8	Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner	36

G - Gesundheit

G 1	Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/ CFS	60
G 3	Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen	61
G 4	Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	63
G 5	Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen	64
G 6	Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen	66

BJ - Bildung und Jugend

BJ 1	15-Minuten-Stadt für junge Menschen	39
BJ 2	Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete	40
BJ 5	Bildungsreform für sächsische Schulen	42
BJ 6	Verbesserung des Kita-Schlüssels	44

DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

DGR 1	Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"	45
DGR 2	Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen	46
DGR 3	Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung	47
DGR 4	Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!	51
DGR 5	Catcalling als Straftatbestand anerkennen	52
DGR 7	Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen	58
DGR 8	Seniorenmitwirkungsgesetz im Freistaat Sachsen	59

KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen

KVW 1	Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik	70
KVW 6	Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren	77
KVW 7	Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau	79

P - Parteileben

P 1	Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour	81
P 4	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren	83

Ini - Initiativanträge

Ini 1	Sachsen braucht einen neuen Aufbruch	9
Ini 2	Die SPD als moderne Bündnispartei	20
Ini 4	Resolution: Keine klebrigen Finger – Schulassistenten erhalten UND zusätzliche Startchancenmittel investieren	37
Ini 5	Die AfD bekämpfen: Politisch, sachlich, argumentativ um Überzeugungen ringen - und einen Antrag auf Parteiverbot vorbereiten!	49
Ini 6	Menschenrechte verteidigen – Asylrechtsverschärfungen stoppen, Dobrindt muss zurücktreten!	54
Ini 7	Queere Rechte sind nicht verhandelbar – in Sachsen, im Bund und in Europa	68

Antrag Ini 1: Sachsen braucht einen neuen Aufbruch

Antragsteller*in:	SPD-Landesvorstand Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Antragsblock:	Initiativanträge

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2

3 Der Freistaat Sachsen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Engagierte Beschäftigte
4 und innovative Unternehmen leisten dafür tagtäglich ihren Beitrag. Diese Stärke ist
5 keineswegs selbstverständlich, sondern auch das Ergebnis von ordentlichen
6 Rahmenbedingungen: Ohne exzellente und praxisnahe Forschung, eine leistungsfähige
7 Infrastruktur und eine zukunftsfähige Ausbildung wären viele Fortschritte der letzten
8 Jahrzehnte nicht denkbar gewesen. Viele Grundlagen dafür wurden in der Nachwendezeit
9 gelegt. Trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde flächendeckend massiv
10 investiert. Und das hat sich trotz erheblicher Ausgaben und einiger Rückschläge
11 letztlich auch bezahlt gemacht. Auch wenn nicht alles richtig gemacht wurde: **Der**
12 **Freistaat hat damals – zusammen mit den Menschen im Land – einen Aufbruch gewagt und**
13 **erfolgreich vollzogen.**

14 Seitdem ist viel Zeit vergangen und sowohl die **gesellschaftlichen als auch die**
15 **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** haben sich **stark verändert**. Anstelle von
16 Massenarbeitslosigkeit dominieren zunehmend der vom demographischen Wandel geprägte
17 Fachkräftemangel. Branchen wie die Mikroelektronik sind nach wie vor Zugpferde und
18 werden in nächster Zeit massiv expandieren. Parallel dazu erleben wir einen starken
19 Wandel der internationalen Absatzmärkte und es geraten wichtige Bereiche wie die
20 wichtige Automobilindustrie und deren Zulieferer unter Druck. Auch in diesen Tagen
21 bangen Beschäftigte um ihre berufliche Zukunft. Zugleich hängt Sachsen bei der
22 Tarifbindung weiter hinterher und die Beschäftigten profitieren nicht ausreichend von
23 wirtschaftlicher Prosperität. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, muss
24 aber durch entsprechenden Ausbau von Leitungsnetzen und Speichermöglichkeiten
25 begleitet werden, damit durchweg Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Und
26 vielerorts gibt es bei unserer öffentlichen Infrastruktur – Kitas und Schulen,
27 Krankenhäuser und Pflegeheime, Schienen und Straßen – weiterhin erheblichen
28 Aufholbedarf. Kurzum: **Der Freistaat hat sich gut entwickelt, aber es zeigen sich**
29 **nunmehr große Herausforderungen.**

30

31 **Deswegen braucht Sachsen einen neuen Aufbruch.**

32 Dieser Aufbruch ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für uns eine
33 Herzensangelegenheit. Wir werden als SPD nicht kampflos akzeptieren, dass Standorte
34 geschlossen werden und Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wo es Chancen gibt,
35 müssen Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Staat beherzt gemeinsam an einem
36 Strang ziehen und nach **tragfähigen Zukunftslösungen** suchen. Als SPD unterstützen wir

37 den Ausbau und die Neuansiedlung von Unternehmen, die Wohlstand und Arbeitsplätze im
38 Freistaat sichern und schaffen. Dabei muss Sachsen – auch im Sinne der Beschäftigten
39 und ihrer Familien und guter Arbeits- und Lebensbedingungen – mehr als eine
40 verlängerte Werkbank sein.

41 **Deswegen braucht Sachsen einen neuen Aufbruch.**

42 Dieser Aufbruch ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für uns eine
43 Herzensangelegenheit. Wir werden als SPD nicht kampflos akzeptieren, dass Standorte
44 geschlossen werden und Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wo es Chancen gibt,
45 müssen Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Staat beherzt gemeinsam an einem
46 Strang ziehen und nach **tragfähigen Zukunftslösungen** suchen. Als SPD unterstützen wir
47 den Ausbau und die Neuansiedlung von Unternehmen, die Wohlstand und Arbeitsplätze im
48 Freistaat sichern und schaffen. Dabei muss Sachsen – auch im Sinne der Beschäftigten
49 und guter Arbeitsbedingungen – mehr als eine verlängerte Werkbank sein.

50 Dieser Aufbruch braucht eine klare Richtung. Es reicht nicht, neue
51 Investitionsprogramme aufzulegen – wir müssen auch alte Routinen verlassen: den Mut
52 haben, politische Konflikte zu führen, Prioritäten neu zu setzen und deutlich zu
53 machen, dass Fortschritt nicht von selbst passiert. Aufbruch heißt für uns:
54 Widersprüche benennen, den Staat handlungsfähig machen und Gemeinwohl über
55 Besitzstand stellen. Kurz: Den sozialen Zusammenhalt zur politischen Leitplanke
56 machen.

57

58 Es ist nicht akzeptabel, dass konzentrierte Industrieneuansiedlungen in einzelnen
59 Kommunen zu massiven Problemen beim bezahlbaren Wohnen und der öffentlichen
60 Infrastruktur führen. Sie müssen ganz Sachsen zugutekommen und von ganz Sachsen
61 getragen werden. Wir brauchen Ansiedlungen und Wachstumsimpulse im ganzen Land und
62 wollen sie zu **einem gemeinsamen Erfolg** machen. Und wir werden als SPD nicht
63 akzeptieren, dass notwendige **Investitionen in mehr Sicherheit** gegen **Investitionen in**
64 **Schulen und Krankenhäuser** ausgespielt werden. **Wir brauchen beides** und der Freistaat
65 kann sich auch beides leisten.

66 Es ist nicht akzeptabel, dass Neuansiedlungen nur einzelnen Kommunen zugutekommen und
67 dort zu massiven Problemen beim bezahlbaren Wohnen und der öffentlichen Infrastruktur
68 führen. Wir brauchen Ansiedlungen und Wachstumsimpulse im ganzen Land und wollen sie
69 zu **einem gemeinsamen Erfolg** machen. Und wir werden als SPD nicht akzeptieren, dass
70 notwendige **Investitionen in mehr Sicherheit** gegen **Investitionen in Schulen und**
71 **Krankenhäuser** ausgespielt werden. **Wir brauchen beides** und der Freistaat kann sich
72 auch beides leisten.

73 **Investitionen als Grundpfeiler unserer Zukunft**

74

75 Die Menschen in Sachsen haben klare Erwartungen: Der Alltag muss funktionieren, der
76 Staat muss klug in die Zukunft investieren, und zwar auch dann – und das gehört zur
77 Wahrheit dazu – wenn er in anderen Bereichen konsolidieren muss. Damit die kommende
78 Generation in einem wirtschaftlich starken und gerechten Land leben kann, müssen wir
79 heute handeln und die Weichen in die richtige Richtung stellen. Wirtschaftliche und

80 gesellschaftliche Transformation gelingt nicht, wenn der Staat in den kommenden
81 Jahren weiter bei Instandhaltung und Reparatur oder den Investitionen in die Köpfe
82 spart. Die Sperrung und der Einsturz von Brücken haben ein tieferliegendes Problem
83 offengelegt: **Der Bund und auch der Freistaat haben zu wenig investiert.** Wer nicht
84 investiert und die Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur herunterfährt,
85 produziert erst recht Schulden – Infrastrukturschulden. Diese Folgekosten betragen
86 später ein Vielfaches der unterlassenen Investitionskosten.

87

88 Infrastruktur ist für uns als SPD weit mehr als Beton – sie ist das Rückgrat für
89 Mobilität, Wirtschaft und Innovation sowie Daseinsvorsorge und sozialen Zusammenhalt.
90 Mit Blick auf Klimaschutz, Digitalisierung, demografischen Wandel und geopolitische
91 Risiken brauchen wir eine klare und **klug durchdachte Investitionsstrategie.** Diese
92 umfasst auch Katastrophenschutz, Verteidigungsfähigkeit und Versorgungssicherheit,
93 denn die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass Stabilität und Sicherheit keine
94 Selbstverständlichkeiten mehr sind. Ob Stadt oder Land, Chemnitz oder Vogtland – wir
95 wollen, dass alle Menschen Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum
96 und Mobilität haben. Wir spielen unterschiedliche Zukunftsaufgaben nicht
97 gegeneinander aus. Nur so können wir letztlich Angriffe auf unsere freiheitlich
98 demokratische Grundordnung abwehren und rechtsradikalen Narrativen das Wasser
99 abgraben. Gute Bildung und Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Daseinsvorsorge
100 – all das stärkt auch die Demokratie.

101

102 Investitionen in die Infrastruktur sind für uns die Grundlage für **gleichwertige**
103 **Lebensverhältnisse**, die den Alltag in allen Teilen Sachsens lebenswert machen.
104 Digitalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt und die erneuerbaren Energien
105 können gerade auch ländliche Räume wieder attraktiver machen, die ansonsten nicht so
106 im Fokus stehen.

107 Nicht zuletzt sind Investitionen für uns viel mehr als nur Ausgaben. Sie sind
108 **Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität** und der **Garant für die**
109 **Steuereinnahmen der Zukunft.** Wenn sich Unternehmen dynamisch entwickeln können und
110 die Menschen davon profitieren, Infrastruktur in all ihren Facetten auf einem
111 modernen Standard ist und die Gesellschaft mit Offenheit, Freundlichkeit und
112 Zuversicht in die Zukunft blickt, fühlen sich die Menschen in Sachsen wohl, kommen
113 Menschen gerne nach Sachsen und bleiben auch dauerhaft hier.

114 **Der Sachsenfonds – unser Erfolg**

115

116 Das notorische Sparen zulasten der Zukunft wurde jahrelang von den Konservativen
117 vorangetrieben und der politischen Rechten bejubelt. Politik war kein Unfall – sie
118 war eine politische Entscheidung. Jahrzehntlang wurde Sparen als Tugend verkauft,
119 selbst wenn es den öffentlichen Dienst überlastet, Demokratieförderung geschwächt und
120 Lebensrealitäten junger Menschen verschärft hat. Dieser strukturelle Konservatismus
121 hat Sachsen nicht stabilisiert, sondern ausgebremst. Auch die Sozialdemokratie hat
122 sich davon an manchen Stellen beeinflussen lassen. Die SPD Sachsen hat jedoch schon
123 vor fünf Jahren erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Deswegen hat die SPD-

124 Landtagsfraktion den Sachsenfonds vorgeschlagen – einen **Fonds für Sachsens Zukunft**,
125 der langfristig angelegt ist und Investitionen planungssicher macht.

126

127 Anfangs stießen wir auf Ablehnung und Ignoranz. Die Notwendigkeit wurde bestritten,
128 Probleme kleingeredet. Zunächst wollte die politische Konkurrenz wenig von einer
129 langfristigen Investitionsstrategie wissen. Doch wir haben uns nicht beirren lassen
130 und **kontinuierlich die dicken Bretter gebohrt**. Der gesellschaftliche Druck wuchs, und
131 selbst Konservative konnten die Notwendigkeit einer langfristigen Investitionspolitik
132 nicht mehr leugnen. Eine Lebenslüge vieler vermeintlich Marktliberaler ist angesichts
133 der heutigen Herausforderungen wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Heute ist
134 der Sachsenfonds ein zentraler Bestandteil der Koalitionspolitik von CDU und SPD in
135 Sachsen. **Das 'S' im Sachsenfonds steht für SPD.**

136

137 Grundlage für diesen Erfolg war nicht nur unser Druck in Sachsen: Im Bund konnte die
138 SPD während der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche eine **Reform der Schuldenbremse**
139 **und ein großes Sondervermögen** durchsetzen. Damit haben die Länder und Kommunen nun
140 zusätzliche Spielräume für Investitionen. Jetzt gibt es eine starke
141 parteiübergreifende Einigkeit, die Vorbild für entschlossenes politisches Handeln
142 werden kann.

143

144 Nach dem eindeutigen Mitgliedervotum ist klar: Die SPD wird im Bund weiter
145 Verantwortung tragen und Teil der Bundesregierung sein. Als SPD Sachsen werden wir
146 uns in Berlin zusammen mit unseren Bundestagsabgeordneten dafür einsetzen, dass ein
147 **möglichst großer Teil der zusätzlichen Investitionen und Ausgaben des Bundes in**
148 **Sachsen** umgesetzt werden. Denn auch die Bundesmittel für Zukunftsprojekte, die der
149 Bund selbst vergibt, können zusätzliche Wertschöpfung in Sachsen ermöglichen – und
150 somit sächsische Unternehmen unterstützen und Arbeitsplätze sichern.

151

152 **Planbar und verlässlich: Mehr Investitionen für den Freistaat**

153

154 Der Sachsenfonds ist unser zentrales Instrument zur Stärkung von Kommunen,
155 Wirtschaft, Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Mit ihm haben wir eine
156 **Strategie aus einem Guss**, die genau die Aufgaben adressiert, die anstehen.

157

158 Vorerst stehen voraussichtlich **gut 391 Millionen Euro pro Jahr** für Schlüsselbereiche
159 zur Verfügung – gespeist aus dem neuen Sondervermögen des Bundes, das über zwölf
160 Jahre hinweg dem Freistaat und den Kommunen zugutekommt und Investitionen absichern
161 soll.

162

163 Mit dem Sachsenfonds werden wir für den Freistaat Sachsen besonders bedeutsame
164 Projekte realisieren. Er soll als Sondervermögen auch zur Verfahrensvereinfachung und
165 Verfahrensbeschleunigung beitragen. Zudem gehen wir über den üblichen
166 Finanzplanungszeitraum hinaus, um Verlässlichkeit und Planbarkeit zu schaffen. Der

167 Sachsenfonds wird der klassischen **Verkehrsinfrastruktur** – öffentlicher
168 Personennahverkehr, Straßenbau und andere Mobilitätsprojekte – zugutekommen, aber
169 auch weit darüber hinaus wirken. Auch Maßnahmen im Bereich **Bildung, Sport und Kultur**,
170 Projekte im **Krankenhausbau, der Hochschulmedizin und Pflegeeinrichtungen**, die
171 **Wohnräumförderung** sowie der staatliche **Hochbau** können zukünftig damit finanziert
172 werden. Nicht zuletzt wird damit ein Teil der Grundlage für die wirtschaftliche
173 Zukunft unseres Freistaats gelegt: Wir digitalisieren damit unsere Verwaltung,
174 fördern zentrale Projekte **zur Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts** und
175 unterstützen die Schaffung der notwendigen **Energieinfrastruktur**.

176

177 Wer angesichts der großen Herausforderungen von einem "Schattenhaushalt" spricht, hat
178 den Ernst der Lage nicht verstanden. Der Sachsenfonds ist die Grundlage für eine
179 langfristige, abgestimmte Investitionsstrategie. Wir brauchen **gesellschaftliche**
180 **Entschlossenheit**, damit sich die Kräne bald drehen.

181 **Spielräume für Sachsens Zukunft nutzen**

182

183 Die zusätzlichen Mittel des Bundes, die in den Sachsenfonds fließen, sind ein
184 wichtiger erster Schritt – doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Unser Ziel ist
185 es, den **Sachsenfonds aus weiteren Quellen zu speisen**. Der Sachsenfonds bildet die
186 Grundlage für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die sich auch in höheren
187 Steuereinnahmen widerspiegeln wird

188

189 Darüber hinaus wollen wir die **Rückzahlung der Corona-Kredite** nicht überstürzt
190 angehen, sondern – wie viele andere Bundesländer – über eine Generation strecken. So
191 lässt sich das CDU-geführte NRW dafür ganze 50 Jahre Zeit. Durch eine Streckung der
192 Tilgung entstehen finanzielle Spielräume, die gezielt genutzt werden können.

193

194 Auch eine **reduzierte Zuführung in den Beamtenpensionsfonds** kann einen Beitrag
195 leisten, ohne die Sicherheit der Pensionen zu gefährden. Diese sind gesetzlich
196 abgesichert, sodass sich keine Beamtin und kein Beamter um die Altersabsicherung
197 sorgen muss. In den letzten Jahren wurden hier de facto Verluste eingefahren, da die
198 Erträge des Pensionsfonds teilweise unterhalb der Inflation lagen – ein Zustand, den
199 wir nicht weiter hinnehmen können. Dabei geht es nicht nur aber auch um die
200 Anlagestrategie des Fonds. Darüber hinaus ist es auch inkonsequent, für die
201 Verpflichtungen bei den Pensionen eine umfassende Vorsorge zu betreiben, aber für
202 notwendige Investitionen in Krankenhäuser und Brücken nicht.

203

204 Für uns als SPD ist es wichtig, dass der Sachsenfonds nicht nur ein Instrument der
205 Landespolitik bleibt, sondern ebenso die Kommunen zielgerichtet unterstützt.
206 Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir vor kurzem einen Vorschlag
207 eingebracht, wie das gelingen kann. Nach dem Vorbild des erfolgreichen Programms
208 „Brücken in die Zukunft“ soll die **kommunale Investitionskraft** unbürokratisch gestärkt

209 und langfristige Planungssicherheit geschaffen werden.

210

211 Klar ist aber auch: Der Freistaat Sachsen wird in dieser Wahlperiode nicht ohne die
212 **Aufnahme von Krediten** auskommen. Alle Bundesländer planen, die neuen Spielräume im
213 Grundgesetz zu nutzen, um ihre Infrastruktur und insbesondere ihre Kommunen zu
214 stärken. Es wäre fatal, wenn Sachsen als einziges Bundesland davon ausschert. Die
215 Folge wäre, dass Städte und Gemeinden in Sachsen im Vergleich zu anderen
216 Bundesländern ins Hintertreffen geraten. Viele Rückmeldungen der kommunalen Ebene in
217 den letzten Wochen bestärken uns in dieser Einschätzung.

218

219 Unser Ziel ist und bleibt klar definiert: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse
220 in allen Regionen und handlungsfähige Kommunen in ganz Sachsen. Und daher muss die
221 **Wende in der Finanzpolitik des Freistaats** weitergehen. Was beim privaten Hausbau und
222 bei jedem Unternehmen gang und gäbe ist – nämlich zielgerichtet und
223 zukunftsorientiert Kredite aufzunehmen – darf beim Staat nicht weiter verteuert
224 werden. Natürlich ist ein ausgeglichener Haushalt erstrebenswert. **Aber was nützt die**
225 **Schuldenfreiheit, wenn wichtige Aufgaben aufgeschoben und Zukunftsvorsorge**
226 **vernachlässigt werden?** Auf die Balance kommt es an. Sachsen hat schon heute die
227 deutschlandweit geringste Pro-Kopf-Verschuldung. Den baufälligen oder gesperrten
228 Brücken, maroden Schulgebäuden und von Schließung bedrohten Krankenhäusern in Sachsen
229 hat das nicht geholfen.

230 Die aktuellen Haushaltsverhandlungen haben uns vor Augen geführt, wie eng der
231 Spielraum für gestaltende Politik in Sachsen inzwischen geworden ist. Die finanzielle
232 Ausgangslage des Freistaats war so angespannt, dass selbst grundlegende soziale
233 Leistungen zur Debatte standen - von Kitas über Kultur bis zur Demokratiearbeit. Dass
234 am Ende Kürzungen in diesen Bereichen verhindert werden konnten, war kein
235 Selbstläufer, sondern Ergebnis harter politischer Arbeit, breiten
236 zivilgesellschaftlichen Engagements und solidarischer Aushandlung. Das zeigt: Unser
237 Anspruch an eine gerechte Haushaltspolitik muss höher sein als bloße Stabilität. Wir
238 dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass soziale Infrastruktur bei jeder
239 Haushaltsverhandlung wieder zur Disposition steht.

240 Um die Möglichkeit für Zukunftsinvestitionen im Grundgesetz zu nutzen, braucht es
241 zügig die erforderliche Rahmengesetzgebung auf Bundesebene. Dabei brauchen wir
242 Klarheit und Geschlossenheit für die Verhandlungen im Bundestag und Bundesrat im
243 Sinne sächsischer Interessen, denn die Lage der Länder ist bundesweit sehr heterogen.
244 Zeitliche Fortschreibung des Kreditvolumens und maximaler Spielraum bei der Tilgung
245 muss das Ziel sein. Es wäre ein Fehler, sich darauf zu verlassen, dass Konservative
246 oder finanzverfassungsliberalere Länder für den Freistaat „mitdenken“. Nur so kann
247 Sachsen ab 2026 mit Investitionen in unsere Infrastruktur beginnen und selbstbestimmt
248 darüber entscheiden, wann und wofür Kredite aufgenommen werden. **Mit dem von der SPD**
249 **durchgesetzten Sachsenfonds sind wir dafür bestens vorbereitet.**

250

251

252 **Investitionen aus Europa – Sachsens Wirtschaft im Wandel sichern**

253 Die Bedeutung von Investitionen für den Wohlstand und die Entwicklung einer Region
254 kann an der Entwicklung der letzten 35 Jahre gemessen werden. Seit 1991 flossen rund
255 16 Milliarden Euro nach Sachsen, um hier vor Ort in Infrastruktur und Fachkräfte zu
256 investieren. Diese Investitionen haben den wirtschaftlichen Aufbau maßgeblich
257 unterstützt. Sachsen hat seit der Wiedervereinigung stark von den **Europäischen**
258 **Strukturfonds** profitiert. Und ohne ausreichende europäische Strukturfondsmittel ist
259 das Investitionsniveau in Sachsen auch künftig nicht zu halten.

260

261 Mit Blick auf die nun beginnenden Verhandlungen zur kommende Förderperiode ab 2028
262 setzen wir uns dafür ein, die Kohäsionspolitik als eigenständiges Politikfeld in
263 geteilter Mittelverwaltung zu erhalten: Die **Bundesländer** müssen die **zentralen Akteure**
264 in der Ausgestaltung der Regionalpolitik und der Verteilung ihrer Mittel bleiben.
265 Wir lehnen eine Zentralisierung der Förderentscheidungen ab.
266 Kohäsionspolitik ist ein **europäisches Solidaritätsversprechen**, das alle Regionen
267 erreicht. Einer Verengung der Kohäsionsmittel auf die ärmsten Regionen der EU
268 zulasten Ostdeutschlands treten wir entgegen.

269

Wir wollen die Strukturfonds – EFRE, ESF und JTF – erhalten, und zwar mit

270

größtmöglicher inhaltlicher Gestaltungsfreiheit und unter Wahrung des

271

Partnerschaftsprinzips. Dabei streben wir eine **bestmögliche Mittelausstattung und**

272

attraktive Förderkonditionen an, einschließlich einer Anhebung der EU-

273

Kofinanzierungssätze. Zudem befürworten wir einen **Ausbau der Strukturfonds zu einem**

274

echten Transformationsinstrument – nicht nur für die Kohlereviere, sondern auch für

275

Regionen, die etwa durch den Wandel der Automobilindustrie oder durch digitale und

276

ökologische Umbrüche besonders betroffen sind.

277

278

In die Zukunft sächsischer Beschäftigter investieren

279

280 Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft tragen auch zur Sicherung von
281 Arbeitsplätzen bei. Dabei hat der Freistaat auch ein großes Interesse an guten
282 Arbeitsbedingungen für die sächsischen Beschäftigten.

283

284 Unser vornehmliches Ziel ist es, die Tarifbindung in Sachsen deutlich zu erhöhen und
285 die rote Laterne im bundesweiten Vergleich weit hinter uns zu lassen. Dafür gehen wir
286 die Novellierung des Vergabegesetzes zügig an. Wir wollen, dass öffentliche Vergaben
287 im Land und den Kommunen nur noch an **Unternehmen mit Tarifbindung** vergeben werden.
288 Mindestens werden wir aber für einen ordentlichen Vergabemindestlohn bei der
289 Gesetzesnovelle sorgen. Mehr tarifliche und betriebliche Mitbestimmung sind für die
290 SPD ein Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

291 Dabei wollen wir gleichzeitig die Kommunen von Bürokratie entlasten und mit der
292 anstehenden Überarbeitung der landesrechtlichen Grundlagen, die Unterschwellenvergabe
293 den Schwellenwerten für Direktvergaben deutlich anheben, unter Einhaltung der
294 entsprechenden sozialen und ökologischen Standards.

295

296 Investitionen helfen den sächsischen Unternehmen bei der Gestaltung der
297 bevorstehenden Herausforderungen. Wir stehen dazu, alle Beteiligten an einen Tisch zu
298 holen. Dafür haben wir den **Transformationsdialog** im Koalitionsvertrag verankert und
299 drängen auf einen zügigen Start der Gespräche. Denn die Transformation der Wirtschaft
300 ist schon längst im Gange. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesem Prozess auch die
301 Beschäftigten profitieren.

302

303 Unternehmen und Beschäftigte haben gerade in Zeiten des Wandels einen Vorteil von
304 Weiterbildung. Dies greift der Volksantrag „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ auf, den
305 wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und 55.600 Unterschriften auf den Weg gebracht
306 haben. Jetzt gilt es, so nah wie möglich am vorgelegten Gesetzentwurf des
307 Volksantrags, den Rechtsanspruch auf **bezahlte Bildungsfreistellung** in Form der
308 Qualifizierungszeit zum 1. Januar 2027 an den Start zu bringen.

309

310 Mit dem Landesprogramm „Berufliche Bildung“ investieren wir auch in Zukunft in die
311 berufliche Weiterbildung und die **duale Ausbildung**, um die Fachkräfte von morgen zu
312 gewinnen. Um ihnen eine moderne Bildungsinfrastruktur und bezahlbaren Wohnraum für
313 Auszubildende zu bieten, werden wir ebenso die Möglichkeiten des Sachsenfonds nutzen
314 und den Bau von Azubiwohnheimen in ganz Sachsen fördern.

315

316 **Steuerdumping verhindern – Vermögen endlich gerecht verteilen**

317 Deutschland kann sich eine höhere Verschuldung zugunsten von mehr Investitionen
318 leisten. Kaum ein Industriestaat dieser Größe hat eine ähnlich geringe Schuldenquote.
319 Angesichts des riesigen und weiterwachsenden Investitionsbedarfs stellen viele
320 Menschen zurecht die Frage, wie diese Lasten zukünftig verteilt werden.

321

322 **Wer in Deutschland Gewinne macht, muss auch hier Steuern zahlen** – das ist eine Frage
323 der Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Menschen haben kein
324 Verständnis dafür, dass Konzerne Milliardengewinne erzielen, aber kaum zum Gemeinwohl
325 beitragen, weil sie ihre Profite in Briefkastenfirmen oder Patentboxen verschieben.
326 Deshalb befürworten wir ein **entschiedeneres Vorgehen der EU gegen sogenannte**
327 **Steueroasen.**

328

329 Die von Olaf Scholz verhandelte **globale Mindeststeuer für Unternehmen** (zweite Säule
330 des OECD-Rahmens) ist ein Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit. Wir verteidigen
331 sie gegen Versuche der US-Regierung und anderer Staaten, sie aufzuweichen oder ganz
332 abzuschaffen. Gleichzeitig erwarten wir von der EU und ihren Mitgliedstaaten, dass
333 sie die vereinbarten Maßnahmen gegen Unterbesteuerung vollständig und verbindlich
334 umsetzen.

335

336 Auch die erste Säule des OECD-Rahmens zur **gerechten internationalen Steuerzuteilung**
337 muss zügig umgesetzt werden. Sie soll sicherstellen, dass multinationale Unternehmen
338 – nicht nur Digitalkonzerne – dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaftlich aktiv sind
339 und ihre Umsätze erzielen. Wenn eine globale Einigung weiter auf sich warten lässt,
340 darf Europa nicht länger tatenlos bleiben. Dann braucht es eine europäische Lösung,
341 etwa in Form einer **Digitalsteuer**, um eine faire Besteuerung sicherzustellen.

342

343 Die von der Bundesregierung für 2028 geplante **Senkung der Körperschaftsteuer** mag
344 Investitionen anreizen – sie birgt jedoch die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu
345 verschärfen. Eine solche Maßnahme darf nur in einem funktionierenden internationalen
346 Rahmen gegen Steuerdumping erfolgen und muss von gezielten weiteren Steuermaßnahmen
347 begleitet werden, die eine Umverteilung von unten nach oben verhindern.

348 Aber auch eine globale Milliardärssteuer ist überfällig. Als Sozialdemokratie können
349 wir nicht weiter hinnehmen, dass die Vermögen der reichsten Personen dieser Welt ins
350 unermessliche steigen. Die extreme Konzentration von Reichtum ist nicht nur moralisch
351 unhaltbar, sondern auch demokratiegefährdend und ist in den letzten fünf Jahren
352 nochmals gestiegen. Wir fordern deshalb eine international koordinierte Steuer auf
353 große Privatvermögen um die immensen Vermögenszuwächse der Reichsten endlich gerecht
354 zu besteuern. Die Einnahmen sollen global zur Bekämpfung von Armut, zur Finanzierung
355 öffentlicher Daseinsvorsorge und für den sozial-ökologischen Umbau genutzt werden.
356 Deutschland muss sich innerhalb der G20, der EU und der UN entschlossen für eine
357 solche Steuer einsetzen - im Schulterschluss mit fortschrittlichen Kräften weltweit.
358 Wer Reichtum anhäuft, muss sich endlich auch in gleichem Maße an der Finanzierung des
359 Gemeinwesens beteiligen - global wie national.

360 Denn Fakt ist: Deutschland belastet höchste Einkommen, Erbschaften und Vermögen
361 vergleichsweise gering, während durchschnittliche Arbeitseinkommen einen recht hohen
362 Abzug erfahren. Wer Tag für Tag hart arbeitet, muss verhältnismäßig viel abgeben,
363 während leistungsloses Erben privilegiert wird. **Die Vermögen in unserem Land sind**
364 **extrem ungleich verteilt.** Die zehn Prozent der vermögendsten Haushalte verfügen über
365 54 Prozent des Vermögens, während die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung über
366 ganze drei Prozent verfügt.

367

368 Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind offensichtlich: Gesellschaftlicher und
369 wirtschaftlicher Einfluss sind ungleich verteilt. Zukunftschancen hängen nicht am
370 eigenen Tun, sondern am Besitz und Kontostand der Eltern. Ob sich junge Familien eine
371 eigene Wohnung oder ein Haus kaufen können, hängt auch in Sachsen viel zu oft an den
372 finanziellen Möglichkeiten der Verwandtschaft und nicht am eigenen beruflichen
373 Fortkommen. Das ist ungerecht. Selbst wer sich massiv anstrengt, kann diese
374 unterschiedlichen Startchancen nur schwer wettmachen.

375 **Die Grenzlinie zwischen denen, die viel und denen, die wenig Vermögen haben, ist aber**
376 **auch immer noch eine Trennlinie zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männern.**

377 Die konservativen und rechten Kräfte in unserem Land haben sich mit diesen Ungerechtigkeiten
abgefunden oder unterstützen sie sogar – für uns als SPD ist das aber keine
378 Option. Eine gerechte Vermögensverteilung ist schließlich die Grundlage dafür, dass
379 das gesellschaftliche Aufstiegsversprechen Realität werden kann. Wir wollen Vermögen
380 gerechter verteilen und damit auch einen Beitrag zum Zusammenwachsens Deutschlands
381 und zur Gleichberechtigung in unserem Land leisten.

382

383 Als SPD Sachsen setzen wir uns daher für ein **Maßnahmenpaket** ein, das die
384 **Zukunftslasten gerecht verteilt** und die Richtigen in unserer Gesellschaft entlastet.
385 Dazu gehören zweifelsohne die **Entlastungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer** für
386 geringere und mittlere Einkommen, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf
387 Bundesebene verständigt haben. Wir unterstützen auch den Vorschlag unserer
388 Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, die **Finanzierung der Sozialversicherung auf**
389 **breitere Füße zu stellen** – zum Beispiel durch die Einbeziehung von Beamt:innen,
390 Abgeordneten und Selbständigen sowie die deutliche Erhöhung der
391 Beitragsbemessungsgrenze. Wenn mehr Menschen in die Solidarsysteme einzahlen, werden
392 diese stabilisiert und es können auch Spielräume entstehen, um die Breite der
393 Bevölkerung zu entlasten.

394

395 Darüber hinaus wollen wir die 1997 in Westdeutschland ausgesetzte **Vermögensteuer** in
396 moderner Form in ganz Deutschland reaktivieren. Diese soll bei Betrieben nicht als
397 Substanzsteuer wirken und durch hohe Freibeträge erst Privatvermögen ab 1 Million
398 Euro erfassen. Wir wollen sicher gehen, dass diese zusätzlichen Einnahmen z.B. über
399 den Finanzausgleich der Länder in angemessener Form in Sachsen ankommen. Auch eine
400 **einmalige Vermögensabgabe** kann eine Möglichkeit sein, um die Superreichen angemessen
401 an gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen. Gerade sie haben in den Jahren der
402 hohen Inflation teils enorme Vermögenszugewinne verbucht.

403 In gleichem Maße braucht es eine **Reform der Erbschaftssteuer**. Hier existieren derzeit
404 zu viele Schlupflöcher und Unternehmenserben werden strukturell bevorteilt. Auch wenn
405 ein erhaltenes Erbe für viele Menschen eine große Freude ist: Im Kern handelt es sich
406 um leistungsloses Einkommen, das der begünstigten Person rein zufällig zugutekommt.
407 Eine Mindestbesteuerung unter Wahrung entsprechender Freibeträge ist überfällig und
408 ein Beitrag zur Leistungsgerechtigkeit. Daneben können auch Maßnahmen wie ein
409 Grunderbe für junge Menschen aus unserer Sicht einen Beitrag leisten, allen jungen
410 Leuten gleichermaßen und unabhängig von den Eltern ein Startkapital für den eigenen

411 Lebensweg zu geben.

412

413 **Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Vermögen haben in Deutschland breite**

414 **gesellschaftliche Mehrheiten – dies sollten auch die Konservativen endlich**

415 **anerkennen!**

Antrag Ini 2: Die SPD als moderne Bündnispartei

Antragsteller*in:	SPD-Landesvorstand Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Antragsblock:	Initiativanträge

1 *Der Landesparteitag möge bitte beschließen:*

2

3 Die parlamentarische Demokratie – nicht nur in Sachsen – steht unter Druck. Als SPD
4 kämpfen wir seit über 160 Jahren für eine **fortschrittliche, demokratische Politik**,
5 die Menschen Möglichkeiten verschafft und für Gerechtigkeit sorgt. Umso schmerzlicher
6 ist das Bundestagswahlergebnis vom Februar 2025. Mit dem schlechtesten Wahlergebnis
7 seit 1887 befindet sich die Sozialdemokratie in Deutschland in einer Krise. Das sorgt
8 für verständlichen Frust und bewegt alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

9

10 Jetzt ist aber auch der Moment, aus dieser Krise **die richtigen Schlüsse** zu ziehen,
11 wieder aktiv zu werden und die Voraussetzungen für eine SPD der Zukunft zu schaffen.
12 Dabei sind wir in Sachsen besonders gefordert: Einerseits, weil die SPD im Freistaat
13 seit 1990 strukturell schon immer große Probleme hatte. Dies hat sich auch in
14 Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen bemerkbar gemacht. Andererseits haben wir uns in
15 den letzten Jahrzehnten immer durch Innovationsfähigkeit ausgezeichnet und konnten
16 nicht zuletzt deswegen den Verlust weiterer Mandate zur Landtagswahl 2024 verhindern
17 und uns dem allgemeinen Mitgliederschwund in der SPD weitestgehend entziehen. Das
18 macht uns nicht zufrieden. Aber wir wissen, dass wir durch eigene Kraft Dinge zum
19 Besseren verändern können.

20

21 Die Krise sozialdemokratischer Parteien ist kein rein deutsches und erst recht kein
22 sächsisches Phänomen. Trotzdem sehen wir Ansatzpunkte, um die SPD in Sachsen bis zum
23 Jahr 2029 strukturell zu stärken. Klar ist aber auch: **Gelingen wird das nur mit euch**
24 **allen zusammen.**

25 **Wir müssen mehr werden**

26 Zentrale Aufgabe der SPD Sachsen bleibt auch in Zukunft die **Gewinnung neuer**
27 **Mitglieder** und die **Pflege unserer bestehenden Mitgliedschaft**. Unsere Mitglieder sind
28 die Grundlage für ehrenamtliches Engagement, für unsere finanzielle
29 Handlungsfähigkeit und unsere politische Sichtbarkeit. Nur wenn wir mehr werden, kann
30 die SPD in möglichst allen Teilen Sachsens für die Menschen ansprechbar sein. Unsere
31 Mitgliedschaft ist die natürliche Basis für aktive Wahlkämpfe vor Ort und trägt zu
32 gut gefüllten Listen zu Kommunalwahlen bei.

33

34 Erfahrungsgemäß ist die Gewinnung neuer Mitglieder aber keine Sache, die mit einer
35 zentralen Kampagne getan ist. Das Begeistern, Ansprechen und Überzeugen von
36 Interessierten muss auf allen Ebenen **integraler Bestandteil der Parteiarbeit werden**.
37 Um das zu erreichen, wollen wir auch in Sachsen Best-Practice-Beispiele von
38 besonders
39 erfolgreichen Gliederungen – in ländlichen wie urbanen Bereichen – identifizieren
40 und verbreiten. Wir wollen zudem die Funktions- und Mandatsträger:innen unserer
41 Partei bei diesem Prozess besonders in die Pflicht nehmen. Dass dafür Potenzial da
42 ist, haben Phasen mit erheblichem Mitgliederzuwachs in der SPD Sachsen, aber auch
43 erstaunliche Mobilisierungserfolge anderer Parteien im progressiven Lager gezeigt.
44 Wir streben an, den Ansatz „20 unter 25“ wieder aufleben zu lassen und in
45 Zusammenarbeit mit den Unterbezirken, Mandatsträger:innen und den Jusos
46 zielgerichtete Angebote zur Gewinnung neuer Mitglieder anzubieten. Wenn es vor Ort
47 innovative Ansätze zur erfolgreichen direkten Ansprache von Netzwerkpartner:innen
48 gibt, wird der Landesverband diese Konzepte natürlich unterstützen und in die Breite
49 tragen.

50 Wir wollen politische Teilhabe neu denken – als etwas, das sich am Leben der Menschen
51 orientiert. Viele, die unsere Politik teilen würden, haben kaum Zeit, sich in
52 traditionellen Strukturen zu engagieren. Wir wollen Beteiligung deshalb so gestalten,
53 dass sie auch mit Schichtarbeit, Care-Verantwortung, psychischer Belastung oder
54 unsicheren Lebenslagen möglich ist. Dazu gehören projektbasierte Formen, digitale
55 Beteiligung, politische Bildungsangebote und gezielte Empowermentformate.
56 Organisation bedeutet für uns: Menschen zu stärken, ihnen Raum zu geben, ihnen etwas
57 zuzutrauen.

58

59 Wir wollen die gute **Mitgliederarbeit** im Landesverband – die in den letzten Jahren in
60 zahlreichen Neumitglieder- und Mitgliederversamstagen mündete – weiter auf diesem Niveau
61 fortsetzen. Neue Mitglieder müssen sich schnell zurechtfinden und wissen, wie sie
62 sich konkret engagieren können. Der Landesvorstand kann hierbei unterstützen, aber
63 ebenso wichtig bleiben entsprechende Aktivitäten in den Ortsvereinen und
64 Unterbezirken sowie bei den Jusos. Damit die Ansprache von Neumitgliedern gesichert
65 stattfindet und Standards folgt, werden wir die Rolle der einzelnen Ebenen
66 definieren, Mitgliederbeauftragte qualifizieren und zur Vernetzung der
67 Mitgliederbeauftragten beitragen.

68

69

70 **Wir ziehen die richtigen Konsequenzen**

71

72 Eine glaubwürdige Aufstellung der SPD nach den letzten Wahlergebnissen setzt eine
73 **ehrlche Auswertung auf allen Ebenen** voraus. Die Wahlkämpfe der letzten 15 Monate –
74 Kommunal-, Europa-, Landtags- und Bundestagswahl – waren für uns alle extrem
75 schwierig. Nur wenn wir die Erfahrungen nutzen und die richtigen Schlüsse ziehen,
76 können wir die Wahlen 2029 erfolgreicher gestalten.

77

78 Um diesem Anspruch auf sächsischer Ebene gerecht zu werden, hat der Landesvorstand im
79 **März eine breit aufgestellte Projektgruppe** zur Wahlauswertung eingesetzt. Diese wird
80 strategische und operative Empfehlungen für zukünftige Wahlkämpfe entwickeln und
81 dabei auch die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Regionen
82 Sachsens im Blick haben. Ein Abschlussbericht wird zur Klausurtagung des neugewählten
83 Landesvorstands vorliegen und damit unmittelbar in die weiteren politischen und
84 organisatorischen Prozesse einfließen.

85 Viele unserer Strukturen stehen unter Druck – durch fehlende Zeit, fehlendes Geld,
86 fehlende Leute. Umso wichtiger ist es, dass wir sie politisch wieder mit Leben
87 füllen. Dafür braucht es eine Kultur, in der Menschen gemeinsam lernen, diskutieren
88 und sich gegenseitig befähigen. Politische Bildung ist kein Zusatzprogramm – sie ist
89 der Schlüssel, damit aus Engagement auch Veränderung wird.

90 Wir wollen Formate, in denen man sich ohne Vorerfahrung einbringen kann, wo man
91 Haltung entwickeln, Wissen teilen und gemeinsam politischer werden kann.

92

93 Eine nach vorne gerichtete Auswertung darf aber nicht isoliert auf Landesebene
94 stattfinden. Wir legen auch allen Gliederungen vor Ort nahe, entsprechende Prozesse
95 abzuschließen bzw. durchzuführen. Nicht zuletzt sehen wir auch die **Bundespartei in**
96 **der Pflicht**. Bei Europa- und Bundestagswahlen werden in Berlin die maßgeblichen
97 strategischen und organisatorischen Entscheidungen getroffen. Die erneute
98 Regierungsbeteiligung im Bund darf nicht dazu führen, dass die Auswertung der letzten
99 Wahlen und die damit verbundenen Konsequenzen ins Hintertreffen geraten.

100

101

102 **Wir schmieden weiter Bündnisse und Netzwerke**

103

104 Als progressiver Teil der sächsischen Landesregierung hat die SPD eine **besondere**
105 **Verantwortung für die sächsische Gesellschaft**. Wir sind für viele Vereine,
106 Initiativen, Betriebsräte und die Gewerkschaften schon heute der zentrale politische
107 Ansprechpartner. Dieses Netzwerk wollen wir weiter zielgerichtet ausbauen. Die SPD
108 Sachsen muss eine **Bündnis- und Netzwerkpartei** sein. Dies ist aus unserer Sicht ein
109 evolutionärer Schritt einer progressiven Partei im 21. Jahrhundert. Die SPD war immer
110 eine Bewegungspartei und muss der gewachsenen Bedeutung der Zivilgesellschaft – auch
111 im Kontrast zu älteren Großorganisationen, die oft Mitgliederprobleme haben –
112 Rechnung tragen.

113

114 Die Pflege entsprechender Netzwerke sehen wir als Aufgabe aller Mitglieder und
115 insbesondere der Funktionsträger:innen und Arbeitsgemeinschaften. Solche Bündnisse
116 entstehen oft über Einzelpersonen, aber wir wollen dafür Sorge tragen, dass diese
117 auch bei personellen Veränderungen weiter Bestand haben. Das Schmieden von Bündnissen
118 und Netzwerken soll auch ein zentrales Element unserer Veranstaltungsplanung sein.
119 Dazu streben wir eine **Neuaufgabe unseres Debattencamps** an. Dieses Format hat schon
120 einmal bewiesen, dass wir so Austausch organisieren und Impulse für

121 zukunftsgerichtete inhaltliche Debatten aufgreifen können.

122

123

124 **Wir unterstützen unsere Basis**

125

126 Das ehrenamtliche Engagement in unserer Partei ist unser größter Schatz. Damit sich
127 möglichst viele Mitglieder gerne in der SPD einbringen, wollen wir auch weiter eine
128 **sehr enge Kommunikation mit den Ortsvereinen und Unterbezirken** pflegen. Mit den
129 mindestens halbjährlichen Ortsvereins- und Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen haben
130 wir etablierte Formate geschaffen, um sowohl organisatorische als auch politische
131 Fragen regelmäßig zu diskutieren und die Meinungsbildung in der Partei auch abseits
132 von Parteitagen voranzutreiben. Das wollen wir fortsetzen.

133 Uns ist bewusst, dass ehrenamtliches Engagement für die SPD besonders im ländlichen
134 Raum in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen steht. Aus diesem Grund
135 möchten wir, neben dem großen Potential der Stadtverbände, genau dort einen
136 Schwerpunkt unserer Basisstärkung setzen. Dies beinhaltet innerparteiliche Maßnahmen
137 zur Stärkung der SPD-Strukturen im ländlichen Raum, eine verbesserte Sichtbarkeit und
138 Ansprechbarkeit in den ländlichen Regionen, eine gezielte Unterstützung bei der
139 Mitgliedergewinnung sowie den Aufbau ortsbezogener Informations- und
140 Veranstaltungsformate. Zur Erarbeitung dieser Maßnahmen streben wir noch im Jahr 2025
141 die Gründung einer Lenkungsgruppe "Ländliche Räume" an.

142 In Zukunft möchten wir die hauptamtliche Unterstützung der Arbeit in den
143 Unterbezirken, Kreis- und Stadtverbänden stärker auf die **vor Ort vorhandenen Bedarfe**
144 fokussieren. Auch wenn unsere Ressourcen begrenzt bleiben, sollen Verwaltungsaufgaben
145 – wo sinnvoll möglich – zentralisiert werden und mehr Zeit für die Stärkung
146 politischer Prozesse sein. Gerade in Sachsen muss die SPD auch außerhalb der Wahlen
147 mit ihren Positionen, aber auch auf der Straße **öffentlich sichtbar sein**. Die
148 wahlfreie Zeit bis 2029 verschafft uns zudem die Möglichkeit, das Parteileben stärker
149 zu fördern. Nicht zuletzt wollen wir auch innovative Ansätze wie ein mobiles SPD-Büro
150 prüfen, um der SPD auch abseits klassischer Bürostrukturen eine stärkere Sichtbarkeit
151 zu verschaffen.

152

153

154 **Wir modernisieren unsere Kommunikation**

155

156 Die Art und Weise, wie Parteien kommunizieren, hat sich in den letzten Jahren massiv
157 verändert. Neben klassischen analogen Formaten – die es auch weiterhin geben wird –
158 haben vor allem die sozialen Medien in ihrer Vielfalt erheblich an Bedeutung
159 gewonnen. Dem muss auch die sächsische Sozialdemokratie in der **Verteilung von**
160 **Ressourcen** Rechnung tragen.

161

162 Wir arbeiten weiter an einer **einheitlichen Kommunikationsstrategie**, die sich nicht
163 nur auf die Partei selbst beschränkt, sondern alle relevanten Akteurinnen und Akteure

164 umfasst. Die Menschen differenzieren oft nicht zwischen Ebenen, sondern sehen am Ende
165 eine SPD. Wir denken dabei nicht in Wahlperioden eines Landesvorstands, sondern haben
166 den kompletten Zeitraum bis zur Landtagswahl im Sommer 2029 im Blick. Wir brauchen im
167 **Mega-Wahljahr 2029 eine schlagkräftige, kampagnenfähige Struktur**, die uns zu deutlich
168 höheren Reichweiten verhilft.

169

170 Kommunikation ist für uns kein reines Mittel zum Zweck, sondern Teil politischer
171 Teilhabe. Wir wollen eine Sprache, die verständlich ist, aber nicht anbiedert. Eine
172 Sprache, die Haltung zeigt. Wir werden uns nicht an Zielgruppen abarbeiten, sondern
173 Menschen ansprechen, die sich nach Orientierung, Klarheit und Veränderung sehnen.
174 Dafür brauchen wir verbindende Narrative, gemeinsame Kommunikationslinien aller
175 Ebenen - und vor allem: Menschen, die glaubwürdig für unsere Werte eintreten. Unser
176 Ziel ist, nicht nur präsent zu sein, sondern ansprechbar - im digitalen Raum wie im
177 Stadtteil.

178

179 **Wir bleiben finanziell handlungsfähig**

180

181 Politische Arbeit kostet Geld. Gerade als vergleichsweise kleiner Landesverband ist
182 das Aufrechterhalten leistungsfähiger Strukturen eine besondere Herausforderung. Dies
183 können wir aber meistern, da die SPD Sachsen in den letzten Jahren **sehr solide**
184 **gewirtschaftet** hat. Dadurch ist es uns möglich, die **Regionalgeschäftsstellen** trotz
185 der schwierigen Wahlergebnisse zu erhalten, ohne Abstriche an unserer politischen
186 Arbeit machen zu müssen.

187

188 Wir sind dadurch auch in der Lage, weiterhin Schwerpunkte zu setzen. Die
189 **Unterstützung von Bürgermeister- und Landratswahlkämpfen**, auch außerhalb der Reihe,
190 ist uns ein besonderes Anliegen. Gerade die Verankerung in den Rathäusern ist zentral
191 für die kommunalpolitische Sichtbarkeit der SPD und ein Fundament für die Gemeinde-,
192 Stadt- und Kreistagswahlen 2029. Mit den Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig und
193 Chemnitz stehen 2027 zudem zwei zentrale Entscheidungen in kreisfreien Städten an,
194 bei denen wir die Rathäuser in Sachsens größter und drittgrößter Stadt verteidigen
195 wollen. Wir werden uns auf diese Wahlkämpfe in den Großstädten sowie dem ländlichen
196 Raum differenziert vorbereiten und unseren Weg einer diversifizierten
197 Wahlkampfführung fortsetzen.

198

199 Mit einem **Innovationsbudget** werden wir in den kommenden drei Jahren besonders kluge
200 Ansätze, Formate und Ideen in der SPD-Arbeit nach innen, aber vor allem nach außen,
201 fördern. Unsere Qualifizierungsarbeit richten wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen
202 und Partnern der Erwachsenenbildung neu aus.

203

204 Nichtsdestotrotz setzen uns die letzten Wahlergebnisse finanziell unter Druck. Um
205 unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, **braucht es 2029 bessere Wahlergebnisse als**
206 **2024/25**. Die nächsten Jahre müssen genutzt werden, um wieder ausreichend Rücklagen
207 für eine überzeugende Landtagswahlkampagne 2029 zu bilden. Daher werden wir

208 kontinuierlich prüfen, wie interne Ausgaben angepasst werden können, ohne unsere
209 politische Sichtbarkeit zu minimieren. Auch die Erhöhung von Einnahmen,
210 beispielsweise durch Spenden, die Einführung von Mandatsträger:innenabgaben auf
211 lokaler Ebene und ein fortwährendes Werben für mehr Beitragsehrlichkeit, ist eine
212 Aufgabe für die gesamte Partei. Kurzum: Es braucht ein **kluges Gleichgewicht**
213 unterschiedlicher Maßnahmen.

Antrag AS 1: Mobile Arbeit fair gestalten

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 **Mobiles Arbeiten erlaubt Flexibilität, es birgt jedoch auch erhebliche Risiken für**
- 4 **die physische und psychische Gesundheit. Mobiles Arbeiten: Chance für die bessere**
- 5 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Risiko zugleich. Besonders Frauen, die**
- 6 **zusätzlich Care-Arbeit verrichten, droht hier eine psychische Überlastung.**
- 7 **Die Frage ist, wie mobiles Arbeiten richtig und fair gestaltet werden kann. Die**
- 8 **Aufwendungen dafür müssen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen fair**
- 9 **verteilt werden. Wir fordern Maßnahmen wie eine effektive Arbeitszeiterfassung und**
- 10 **Gesundheitsschulungen. Der:Die Arbeitgeber:in muss sich an Kosten, die**
- 11 **Arbeitnehmer:innen durch mobiles Arbeiten entstehen, fair beteiligen. Für beide**
- 12 **Forderungen müssen gesetzliche und tarifliche Regelungen gefunden werden.**

Antrag AS 2: Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt

Antragsteller*in:	UB Dresden
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*
2 *SPD weiterleiten:*

3

4 Im allgemeinen Arbeitsmarkt sind zugewanderte Frauen mit ausländischer
5 Staatsangehörigkeit unterrepräsentiert. Besonders bei geflüchteten Personen
6 unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen nach dem Zuzug
7 maßgeblich:

8

9 Die Erwerbstätigenquote von Frauen, die 2015 nach Deutschland geflüchtet sind, liegt
10 zehn Jahre nach ihrer Ankunft über 50 Prozentpunkte unter der der geflüchteten Männer
11 (86 % vs. 33 %) und 40 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der weiblichen
12 Bevölkerung (72 % vs. 33 %). Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein großer Teil der neu
13 zugewanderten Frauen lebt in benachteiligten sozialen Lagen und ist regelmäßig
14 migrations- sowie genderspezifischen Stressoren ausgesetzt, wie z. B.
15 Sprachproblemen, unterschiedlichen Rollenverständnissen, Anpassungsanforderungen an
16 die mitgebrachte und die neue deutsche Kultur, Fremdenfeindlichkeit und
17 Diskriminierungserfahrungen. Zudem ist die Lebenssituation von Migrantinnen oft durch
18 eine überfordernde Mehrfachbelastung innerhalb der Familie geprägt.

19

20 Daher ist es unabdingbar, dass gering qualifizierte Frauen mit eigener
21 Migrationserfahrung und erhöhtem Unterstützungsbedarf auf dem Weg in Qualifizierung,
22 Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gezielt gefördert werden.
23 Dies wirkt einer möglichen (weiteren) Verfestigung der Abhängigkeit von
24 Unterstützungsleistungen entgegen.

25

26 Der Bundesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag
27 sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung weiterleiten:

28

29 Die dauerhaft ausfinanzierten Unterstützungsleistungen sowie Projekte zur gezielten
30 lebenslagenorientierten Ansprache und Beratung der Frauen sowie eine kontinuierliche,
31 vertrauensvolle und individuelle Begleitung müssen gewährleistet sein. Solche
32 Projekte sollten umfassen:

- 33 1. Ansprache und Informationsvermittlung zu relevanten Leistungen des regulären
34 Hilfesystems
35 2. Empowerment-Aktivitäten

36 3. Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

37 4. Vernetzung mit Betrieben

38 5. Individuelle Begleitung

39

40 Weiterhin muss die Kinderbetreuung während der Inanspruchnahme der
41 Unterstützungsleistungen gewährleistet sein. Die Schwerpunkte der Förderung liegen
42 auf Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration. Eine nahtlose und vergleichsweise
43 langfristige Begleitung der Teilnehmerinnen – sowohl während der Maßnahme als auch
44 nach Beginn einer Ausbildung oder Beschäftigung – erhöht die Chancen einer
45 erfolgreichen Teilnahme sowie einer nachhaltigen Integration in Ausbildung und
46 Arbeit.

Antrag AS 4: Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten, dass §
- 2 4 Absatz 6 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) gestrichen wird. Diese
- 3 Regelung beschränkt derzeit den parallelen Bezug von Basiselterngeld durch beide
- 4 Elternteile auf lediglich einen der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes.

Antrag AS 5: Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3 Die Grundrente wurde 2021 auf Bundesebene für Menschen mit kleiner Rente eingeführt,
4 die mindestens 33 Jahre Beiträge gezahlt haben. Sie ist gedacht für Menschen mit
5 kleinem Einkommen in den Arbeitsjahren, wobei die Beitragsleistung mindestens 30
6 Prozent des Durchschnittsverdienstes entsprochen haben muss, und soll verhindern,
7 dass jemand nach jahrelanger harter Arbeit in die Altersarmut abrutscht. Zudem soll
8 sie das Vertrauen der Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung stärken.
- 9 In Sachsen beziehen über 100.000 Menschen den Grundrentenzuschlag, der bei etwas über
10 70 Euro liegt. Insbesondere Frauen profitieren von der Grundrente. Neben der
11 Altersrente wird der Grundrentenzuschlag auch für Hinterbliebenen- oder
12 Erwerbsminderungsrenten gewährt. Trotz des gewährten Grundrentenzuschlags liegt die
13 Durchschnittsrente der Grundrentenbezieher:innen sehr niedrig. Inflation und
14 gestiegene Lebenshaltungskosten haben diese Situation in den letzten Jahren weiter
15 verschlimmert.
- 16 Damit Rentenleistungen tatsächlich vor Altersarmut schützen, braucht es strukturelle
17 Reformen statt Einmalzahlungen. Die Grundrente bleibt in ihrer jetzigen Ausgestaltung
18 ein minimaler Zuschlag mit hohen Zugangshürden und schwacher Dynamisierung. Sie
19 reproduziert Ungleichheit, insbesondere zwischen Ost und West sowie zwischen
20 Erwerbsbiografien mit und ohne Tarifbindung. Deshalb fordern wir:
- 21 - Die Einführung einer dynamisierten Grundrente, die sich analog zu den
22 Altersversorgungsansprüchen von Abgeordneten (MdB/MdL) jährlich an die Einkommens-
23 und Preisentwicklung anpasst;
- 24 - Eine grundlegende Reform der Grundrente mit dem Ziel, mehr Menschen mit niedrigen
25 Renten einen automatisierten Zugang ohne aufwändige Einzelprüfung zu ermöglichen;
- 26 - Die perspektivische Ablösung des Grundrentenzuschlags durch eine solidarische
27 Mindestrente, die oberhalb der Grundsicherung liegt und ohne Bedürftigkeitsprüfung
28 ausgezahlt wird.
- 29 Zur Überbrückung bis zur Einführung einer dynamisierten, solidarischen Grundrente
30 kann ein zeitlich befristeter steuerfreier Inflationsausgleich in Betracht gezogen
31 werden, sofern gleichzeitig politischer Druck auf eine bundesweite Reform aufgebaut
32 wird.

Antrag AS 7: Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den SPD-Bundesparteitag*
2 *an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in
4 den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden
5 daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“
6 zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien,
7 Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen. Die Situation
8 der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen
9 lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im
10 Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und
11 ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf
12 Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten.
13 Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung,
14 andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt. Imperialistische
15 Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
16 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden.

17 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in
18 den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden
19 daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“
20 zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien,
21 Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen. Die Situation
22 der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen
23 lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im
24 Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und
25 ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf
26 Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten.
27 Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung,
28 andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt. Imperialistische
29 Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
30 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden.

31 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
32 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben. Dieser vereinbarte Staatsvertrag regelte
33 die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen untereinander. Zentrale Rolle
34 haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden gespielt. Durch die
35 Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei der DDR gemacht

36 wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten Vertragsarbeitenden in die
37 DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen Regierung in eine produktive
38 Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als Fachkräfte für die
39 Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es nicht dazu. In der
40 DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an Maschinen angelehrt.
41 Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum Jahresende 1985 als
42 Lohnpflichttransferleistung einbehalten wurden. Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des
43 Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung für die mosambikanischen
44 Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein. Allerdings wurden damit die Schulden
45 getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist gestiegen, weil Mosambik aufgrund der
46 Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen
47 konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig
48 aufkaufte und teurer auf dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen
49 zu erhalten.

50 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
51 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben. Dieser vereinbarte Staatsvertrag regelte
52 die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen untereinander. Zentrale Rolle
53 haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden gespielt. Durch die
54 Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei der DDR gemacht
55 wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten Vertragsarbeitenden in die
56 DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen Regierung in eine produktive
57 Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als Fachkräfte für die
58 Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es nicht dazu. In der
59 DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an Maschinen angelehrt.
60 Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum Jahresende 1985 als
61 Lohnpflichttransferleistung einbehalten wurden. Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des
62 Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung für die mosambikanischen
63 Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein. Allerdings wurden damit die Schulden
64 getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist gestiegen, weil Mosambik aufgrund der
65 Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen
66 konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig
67 aufkaufte und teurer auf dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen
68 zu erhalten.

69 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
70 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
71 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
72 Lohnzahlungen auszuführen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
73 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
74 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit
75 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
76 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
77 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht. Demzufolge klar unter dem, was
78 den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung,
79 um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages
80 der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger
81 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-

82 Funktionärinnen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen. Auch im letzten
83 Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit Adelino
84 Massuvira João die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss des
85 Deutschen Bundestages. Adelino Massuvira João betonte, dass aufgrund der geringen
86 Lebenserwartung in Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind.
87 Allerdings sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt
88 werden, da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen
89 Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe
90 sei, mit der jeder ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte
91 spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

92 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
93 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
94 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
95 Lohnzahlungen auszuzahlen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
96 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
97 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit
98 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
99 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
100 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht. Demzufolge klar unter dem, was
101 den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung,
102 um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages
103 der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger
104 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
105 Funktionärinnen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen. Auch im letzten
106 Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit Adelino
107 Massuvira João die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss des
108 Deutschen Bundestages. Adelino Massuvira João betonte, dass aufgrund der geringen
109 Lebenserwartung in Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind.
110 Allerdings sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt
111 werden, da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen
112 Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe
113 sei, mit der jeder ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte
114 spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

115 Deshalb fordern wir:

- 116 • Die politische Aufarbeitung und Anerkennung des ausgeübten Unrechts der DDR
117 gegenüber den mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen durch Entschließung des
118 Deutschen Bundestags.
- 119 • Die Einrichtung eines Entschädigungsfonds zur Entschädigung der Betroffenen. Die
120 Höhe der Pauschalentschädigung ist in Abstimmung mit den Opfergruppen und der
121 SED-Opferbeauftragten festzusetzen.
- 122 • Die Stärkung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei ihrer
123 Förderung der Aufarbeitung der Geschichte von Vertragsarbeiter:innen in der DDR
124 sowie der Transformationszeit.
- 125 • Die Diplomatischen Beziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit der
126 Bundesrepublik mit Mosambik sind vor allem bezogen auf die Unterstützung der

127 Opfergruppen hin zu intensivieren.

128 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-
129 Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung
130 eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der
131 Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein
132 Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der
133 Name des Landes. Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960
134 Hafenarbeitende für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, denn das faschistische
135 Portugal unter der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962
136 gründete sich die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine
137 Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland
138 Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind. Die FRELIMO wurde
139 dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt. Am 25.
140 April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei fast alle portugiesischen
141 Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm
142 FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
143 welcher sozialistisch wurde.

144 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die
145 mit geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die
146 gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den
147 Mangel an DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun weiter um ihre
148 Existenzen und ihre Daseinsberechtigung kämpfen.(Z. 25-29) Um einen Aufenthaltstitel
149 hier zu erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man mindestens acht Jahre in der
150 DDR gelebt hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und Kenntnisse der deutschen
151 Sprache aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den neuen Bundesländern, da
152 diese in den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen einige ehemalige
153 Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen geknüpft und
154 Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde schnell klar, dass
155 sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen entzogen und
156 eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der DDR und der
157 mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine marginalisierte
158 Gruppe im eigenen Land . (Z. 40-50) Trotz der Herausforderungen entschieden sich auch
159 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund
160 fehlender Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, darunter
161 Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde ihnen ein sicherer
162 Aufenthaltsstatus gewährt. Der Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres
163 Einsatzes ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als
164 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete
165 Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Vietnam, und
166 seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyê mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter
167 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte
168 Auslandsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen neunmonatigen Aufenthalt in
169 Vietnam, wo er sich wegen einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
170 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung führte
171 dazu, dass ihm die Chemnitzer Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte entzog.
172 Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz

173 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018 und 2023,
174 soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit seinem Fall befassen.

175 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung eine Zäsur. Schon in der
176 DDR waren Vertragsarbeiterinnen mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus
177 konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von der
178 DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren war rechte
179 Gewalt Alltag für migrantisierte Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus
180 schutzlos ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf,
181 Freital und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für rechtsextreme
182 Anschlagorte. Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiterinnen in der
183 DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet.

184 Deshalb fordern wir:

- 185 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland
186 geblieben sind, sollte eine dauerhafte und planungssichere Option zum Verbleib,
187 wie die Staatsbürgerschaft, ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham
188 zu verhindern.
- 189 • Anerkennung und Aufarbeitung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die DDR.
- 190 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend an die ehemaligen
191 Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden.
- 192 • Doppelt belogen und betrogen, Mosambikaner*innen steht das Geld zu! Die von der
193 DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferzahlungen müssen von der
194 Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der
195 Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem
196 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der
197 Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos
198 contratados na RDA), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vereinbart
199 werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“
200 sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen. Für die Aufarbeitung sind
201 bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder und
202 Vereine/Organisationen tätig. Deswegen schließen wir uns dieser Forderung an! Es
203 ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich bei den
204 Betroffenen ankommt und nicht in den Konten von Mosambikanischen Staatsbeamten
205 landet (siehe 1990-1992).
- 206 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland
207 beschäftigten Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
208 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- 209 • Ehemalige Wohnheime sollten nach der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht
210 verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Tafeln, Wandgestaltung
211 an ihre ehemaligen Bewohner*innen erkennen.
- 212 • Dass eine intersektionale Erinnerungskultur, besonders an Jahres- und
213 Gedenktagen, wobei auch explizit die Perspektive der ehemaligen
214 Vertragsarbeitenden beleuchtet wird und Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu
215 Wort kommen.

Antrag AS 8: Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner

Antragsteller*in:	60 plus Vorstand SPD-LV Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	Arbeit und Soziales

- 1 Die Delegierten und der Landesvorstand auf dem Landesparteitag, am 21./22.06.2025,
- 2 mögen den Antrag beschließen und die Weitergabe des Antrages an den SPD-
- 3 Parteivorstand sowie der SPD-Bundestagsfraktion beschließen:
- 4 Die AG SPD 60plus Sachsen fordert den Landesparteivorstand auf, sich beim SPD-
- 5 Parteivorstand und der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bundesrat für einen
- 6 Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner, im Rahmen der Gleichbehandlung mit
- 7 den Pensionären und Arbeitnehmern, einzusetzen.

Antrag Ini 4: Resolution: Keine klebrigen Finger – Schulassistentz erhalten UND zusätzliche Startchancenmittel investieren

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Dresden
Status:	Beschluss
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die SPD in Sachsen sich entschieden gegen
2 die Pläne des sächsischen Kultusministers Clemens (CDU) und seines Amtsvorgängers
3 Piwarz (CDU) stellt, die Schulassistentz und das Startchancenprogramm zu gefährden.
4 Diese beiden zentralen bildungspolitischen Projekte der SPD sind essenziell für die
5 Bildungsgerechtigkeit in Sachsen und dürfen nicht unter dem Vorwand einer
6 „schwierigen Haushaltslage“ geopfert werden.

7 **Zielsetzung**

8 „Hinter all dem steht unser Ziel, die Schule zu einem Ort des ganzheitlichen Lernens
9 statt des reinen Unterrichtens zu machen. Dafür braucht es neben den Lehrkräften auch
10 andere Personen. Die Schulassistentz hilft dabei, das Lernen individuell zu gestalten.
11 Die Schulsozialarbeit kümmert sich um das Miteinander, das soziale Lernen. Die
12 Schulverwaltungsassistentz entlastet die Lehrkräfte von nichtpädagogischen Aufgaben,
13 Praxisberater/innen sorgen für den Austausch zwischen Schule und Wirtschaft, die
14 Inklusionsassistentz fördert Kinder mit besonderen Bedarfen. Schritt für Schritt
15 kommen wir so zu multiprofessionellen Teams und damit zu Schulen, die sich nicht nur
16 dem Unterricht, sondern der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen
17 widmen.“[1]

18 **Historische Entwicklung**

19 2016 erkämpfte die SPD-Fraktion in Sachsen mit dem Lehrermaßnahmepaket das
20 Modellprojekt Schulverwaltungsassistentz. 2017 sollte im Rahmen einer großen
21 Schulgesetznovelle auch die pädagogische Schulassistentz eingeführt werden, im
22 Kompromiss mit dem Koalitionspartner gelang zumindest die Einführung im Bereich
23 Inklusion. Mit der Lehrerverbeamtung im Handlungsprogramm 2018 konnte dann auch
24 endlich ein umfassendes Programm Schulassistentz durchgesetzt werden, welche
25 schließlich 2020 im Schulgesetz fest verankert wurde. Seitdem ist die Schulassistentz
26 Teil der festen Personalgrundausrüstung der Schulen in Sachsen. Trotz der
27 angespannten Haushaltslage ist es die Pflicht des Freistaates, die Finanzierung
28 dieser Programme sicherzustellen. Aktuelle Berichte [2] deuten darauf hin, dass
29 Kultusminister Clemens (CDU) plant, die zusätzlichen Bundesmittel des
30 Startchancenprogramms zur Finanzierung der Schulassistentz zu verwenden. Dies würde
31 die ursprüngliche Zielsetzung der Bundesmittel untergraben.

32 **Bedeutung des Startchancenprogramms**

33 Auch um das Startchancenprogramm des Bundes musste die SPD lange kämpfen. Es wurde
34 2024 nach langem Ringen in der Kultusministerkonferenz durchgesetzt. Es zielt darauf
35 ab, 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler:innen zu
36 unterstützen. Die Mittel sind klar strukturiert: 40% für Infrastruktur, 30% für
37 konkrete Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung und 30% für
38 multiprofessionelle Teams. Verschiedene Schulen in Sachsen bzw. deren Kommunen haben

39 sich auf eine Initiative aus Dresden beispielsweise mit dem Projekt
40 Familienschulzentren bereits auf diesen Weg begeben, die hiermit finanziell
41 ausgestattet werden könnten. Die Bundesmittel sind ausdrücklich als zusätzliche
42 Unterstützung gedacht und sollen nicht zur Deckung von Haushaltslöchern verwendet
43 werden. Damit werden Sondermittel des Bundes für Schulen erstmals nicht nach
44 Königsteiner Schlüssel sondern nach sozialen Kriterien verteilt.

45 **Politische Konsequenzen**

46 Wenn die CDU in Sachsen die Bundesmittel nicht an die Schulen weitergibt, um eigene
47 Haushaltslöcher zu stopfen, gefährdet dies die Erfolge der SPD auf Bundes- und
48 Landesebene. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die SPD Sachsen die
49 Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder unterstützt, laut
50 und deutlich gegen diese Pläne der CDU zu protestieren. Der Freistaat Sachsen ist
51 verpflichtet, die Schulassistenz vollständig aus dem Landeshaushalt zu finanzieren
52 und die Sondermittel des Bundes aus dem Startchancenprogramm an die betroffenen
53 Schulen weiterzugeben.

54 **Fazit**

55 Die SPD in Sachsen muss sich entschieden für die Erhaltung der Schulassistenz und die
56 korrekte Verwendung der Startchancenmittel einsetzen. Diese Maßnahmen sind zentrale
57 sozialdemokratische Versprechen, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Es bedarf
58 dringend einer Kurskorrektur bei den zuständigen Ministerien, um die
59 Bildungsgerechtigkeit in Sachsen zu gewährleisten.

Antrag BJ 1: 15-Minuten-Stadt für junge Menschen

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	Bildung und Jugend

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Viele Jugendliche haben kaum Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten, weil
3 diese zu weit weg sind. Laut einer OECD-Studie (2022) beeinflusst der Zugang zu
4 Freizeitangeboten direkt Bildungs- und Berufschancen. Besonders ländliche Regionen
5 sind benachteiligt:

- 6 • 43 % der Jugendzentren in Sachsen wurden in den letzten 20 Jahren geschlossen.
- 7 • ÖPNV-Angebote für Jugendliche sind oft unzureichend.
- 8 • Soziale Ungleichheit steigt, wenn Kinder in Städten mehr Möglichkeiten haben als
9 auf dem Land.

10 Wir fordern daher das **Konzept der "15-Minuten-Stadt für junge Menschen"**, das
11 sicherstellt, dass:

- 12 • alle Kinder und Jugendlichen in max. 15 Minuten ein Jugendzentrum, einen
13 Sportplatz oder ein Kulturangebot erreichen können.
- 14 • mehr Jugendzentren in ländlichen Regionen geschaffen werden.
- 15 • ÖPNV-Angebote speziell für junge Menschen ausgebaut werden (z. B. Shuttle-
16 Busse).

17 Umsetzung

- 18 1. Kommunale Förderprogramme für Jugendinfrastruktur auflegen.
- 19 2. ÖPNV-Angebote gezielt für junge Menschen verbessern.
- 20 3. Nutzung leerstehender Gebäude für Jugendzentren fördern.

Antrag BJ 2: Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	Bildung und Jugend

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag*
2 *weiterleiten:*
- 3 Bund und Länder haben in den letzten Jahren viel für die Arbeitsmarktintegration von
4 Menschen mit Migrationsgeschichte getan, aber es gibt weiterhin Hemmnisse, die
5 dringend abgebaut werden müssen. Die SPD spricht sich für die Abschaffung der
6 zeitlichen Beschränkungen vor der Arbeitsaufnahme durch Geduldete und InhaberInnen
7 einer Aufenthaltserlaubnis sowie weitere Erleichterung bei der Anerkennung von
8 ausländischen Berufsabschlüssen aus.
- 9 Wir streben ein wirksames Gesamtprogramm zur besseren Arbeitsmarktintegration an, bei
10 dem die Perspektiven von Arbeitgebern, Bildungsinstitutionen, der
11 Integrationslandschaft und der betroffenen Menschen mit einbezogen werden soll. Ziel
12 muss es sein, Geflüchtete und Zugewanderte schnell in Arbeit oder in eine Ausbildung
13 zu bringen. Spracherwerb und Weiterqualifikation sollen dabei grundsätzlich
14 arbeitsbegleitend stattfinden. Ausbildung und Arbeit sind Teilhabe und Anerkennung
15 und wir begegnen damit auch dem Arbeitskräftemangel in unserem Land.
- 16 Unternehmen und Arbeitnehmer:innen brauchen gleichzeitig die Sicherheit, dass diese
17 Menschen eine dauerhafte Bleibeperspektive in unserem Land bekommen. Dafür sollen bei
18 Menschen mit Duldungsstatus alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, damit sie
19 durch Ausbildung oder Arbeit in ein reguläres Aufenthaltsrecht kommen.
- 20 Für geflüchtete Jugendliche braucht es jenseits der Erfüllung der Schulpflicht
21 Bildungsangebote, die zur beruflichen Reife führen und so einen guten Einstieg in
22 Ausbildung ermöglichen.
- 23 **Begründung:**
- 24 Allein im Jahr 2024 wurden 13.340 Asylanträge von geflüchteten Minderjährigen
25 gestellt. Hinter dieser Zahl stehen Kinder und Jugendliche, die oft traumatische
26 Erfahrungen hinter sich haben. Sie kommen verletzt, verängstigt und ohne Perspektive
27 nach Deutschland, in der Hoffnung auf Sicherheit und eine bessere Zukunft. Doch ihr
28 schwerer Weg endet hier nicht. Statt Schutz und Geborgenheit zu finden, stoßen viele
29 auf neue Herausforderungen: In den Unterkünften werden sie von Gleichaltrigen
30 gemobbt, weil sie keine Eltern haben, und in den Schulen sind sie Anfeindungen und
31 Ausgrenzung durch rassistische Mitschüler ausgesetzt.
- 32 Statt eine Debatte über stigmatisierende Abschiebungen zu führen, sollten wir uns
33 darauf konzentrieren, wie wir diesen Kindern eine echte Chance auf Integration bieten
34 können. Es geht nicht nur darum, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben, sondern ihnen
35 eine Perspektive für die Zukunft zu ermöglichen. Jeder in Deutschland sollte sich
36 bewusst machen, welchen Beitrag er leisten kann, um Integration zu erleichtern und

37 die Entstehung isolierter Parallelgesellschaften zu verhindern. Denn eine
38 funktionierende Gesellschaft basiert auf Zusammenhalt, und dieser beginnt bei den
39 Schwächsten.

40 Ein zentraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist die Arbeit. Sie ist weit
41 mehr als nur eine Einkommensquelle, sie strukturiert unseren Alltag, gibt uns
42 Identität und schafft soziale Bindungen. Wir verbringen im Schnitt acht Stunden am
43 Tag, 40 Stunden pro Woche und rund 50 Jahre unseres Lebens damit. Am Arbeitsplatz
44 entstehen lebenslange Freundschaften, wertvolle Netzwerke und für manche sogar die
45 große Liebe. Arbeit ist also nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern auch ein
46 essenzieller Teil des sozialen Lebens.

47 Doch für geflüchtete Minderjährige ist der Weg dorthin besonders steinig. Bevor sie
48 überhaupt an eine berufliche Zukunft denken können, stehen sie vor zahlreichen
49 Hürden: Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, eine völlig neue Sprache
50 lernen und ihre Bildungsabschlüsse anerkennen lassen, falls sie überhaupt die
51 Möglichkeit hatten, eine Schule in ihrem Herkunftsland zu besuchen. In vielen Fällen
52 müssen sie ihre Schulbildung in Deutschland von Grund auf nachholen, oft unter
53 schwierigen Bedingungen. Während deutsche Kinder in einem stabilen Umfeld aufwachsen,
54 sehen sich geflüchtete Jugendliche häufig mit Unsicherheit, Bürokratie und
55 gesellschaftlicher Ablehnung konfrontiert.

56 Integration ist keine einseitige Aufgabe, sie kann nur gelingen, wenn wir als
57 Gesellschaft gemeinsam daran arbeiten. Bildung, soziale Teilhabe und berufliche
58 Perspektiven sind der Schlüssel, um diesen jungen Menschen eine echte Zukunft zu
59 ermöglichen. Statt ihnen Steine in den Weg zu legen, sollten wir Brücken bauen.

Antrag BJ 5: Bildungsreform für sächsische Schulen

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	Bildung und Jugend

1 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion
2 weiterleiten: Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die
3 Weiterentwicklung des sächsischen Bildungssystems mit folgenden ergänzenden Maßnahmen
4 einzusetzen:

- 5 1. Verpflichtendes und kostenfreies Vorschuljahr Zur frühzeitigen Förderung
6 insbesondere sprachlicher und sozialer Kompetenzen wird ein verpflichtendes,
7 gebührenfreies Vorschuljahr eingeführt. Es dient der gezielten Vorbereitung auf
8 die schulische Bildung und soll die Synergieeffekte zwischen frühkindlicher und
9 schulischer Bildung optimieren sowie die Startbedingungen zum Schuleintritt
10 aller Kinder, unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern, verbessern.
- 11 2. Einführung eines systematischen Unterrichtsmoduls „Lebens- und
12 Berufskompetenz“ In allen weiterführenden Schularten ist ein fächerübergreifendes
13 Modul zu verankern, das praktische Fähigkeiten und Sozialkompetenz vermittelt,
14 darunter Alltagsrecht, Bürgerpflichten, Umgang mit Finanzen, Behördenkontakte
15 usw. . Zentrale Schwerpunkte sind signifikante Erweiterungen
16 berufsvorbereitender Maßnahmen sowie die Förderung der
17 Persönlichkeitsentwicklung, Selbstermächtigung und Strategien zur Konflikt- und
18 Problembewältigung.
- 19 3. Etablierung von „Caregroups“ an Schulen Analog zum Klassenverband sind in allen,
20 insbesondere in weiterführenden, Schulen durch eine Lehrkraft pädagogisch
21 betreute feste Schülergruppen („Caregroups“) einzurichten. In diesen festen
22 Gruppen werden die Schüler: innen bei sozialen und psychischen Herausforderungen
23 begleitet und unterstützt. Zusätzlich werden die Teamfähigkeit,
24 Gruppenzusammenhörigkeit und sozialverträgliches Verhalten gefördert sowie
25 schulorganisatorische Fragen eingehend behandelt. Dieses pädagogische Setting
26 ist in den Unterrichtszeitraum eingebunden. Damit haben Klassenlehrer:innen bzw.
27 Caregroup-Leiter:innen außerhalb des Fachunterrichts ausreichend Zeit,
28 fächerübergreifende den Schul- und Unterrichtsalltag betreffende Themen zu
29 behandeln.
- 30 4. Verknüpfung von Schulsozialarbeit mit Unterrichtsinhalten Schulsozialarbeit soll
31 nicht nur ergänzende Begleitung sein, sondern in Lehrpläne und den Schulalltag
32 strukturell eingebunden werden – insbesondere in Bereichen der
33 Persönlichkeitsentwicklung, Konfliktbewältigung und Demokratieförderung. Dabei
34 können Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit den Caregroups und den
35 Fachunterrichtsgruppen sinnvoll genutzt werden. Als fester Bestandteil in der
36 Unterrichtszeit wird die Umsetzung der Ziele von Schulsozialarbeit verbessert
37 und Klarheit in der Zusammenarbeit zwischen der Schule und Schulsozialarbeit zum
38 Wohl der Schüler*innen und aller am Prozess Beteiligten geschaffen.

39 4. Verankerung von Schulsozialarbeit im Bildungssystem

40 Schulsozialarbeit soll nicht nur ergänzende Begleitung sein, sondern und den
41 Schulalltag strukturell eingebunden werden – insbesondere in Bereichen der
42 Persönlichkeitsentwicklung, Konfliktbewältigung und Demokratieförderung. Dabei
43 können Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit den Caregroups und den
44 Fachunterrichtsgruppen sinnvoll genutzt werden. Als fester Bestandteil im
45 multiprofessionellen Team des Bildungssystems wird die Umsetzung der Ziele von
46 Schulsozialarbeit verbessert und Klarheit in der Zusammenarbeit zwischen der
47 Schule und Schulsozialarbeit zum Wohl der Schüler*innen und aller am Prozess
48 Beteiligten geschaffen.

49 4. Gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Schulabbrecherquote Es sind schulinterne

50 Maßnahmen und Konzepte durch individuelle Förderung zu entwickeln und
51 umzusetzen, um die Schulabschlussquote zu erhöhen. Entsprechend der
52 Priorisierung der einzelnen Schulen können auch die GTA dazu verstärkt genutzt
53 werden. Ziel ist es, allen Jugendlichen durch die Schulbildung eine realistische
54 Perspektive auf Ausbildung, Beruf und damit gesellschaftliche Teilhabe zu
55 eröffnen. Darüber hinaus sind noch in der Schule mit den Jugendlichen, den
56 Eltern und anderen unterstützenden Akteuren Übergangsmo- und verbindliche
57 Anschlussoptionen zu entwickeln. Im Zuge dessen sind innerhalb der Schule über
58 das Abschlusszeugnis hinaus aussagekräftige Fähigkeits- und Begabungsprofile zu
59 erstellen, um die Vielzahl im Laufe der Schulzeit erworbenen fachlichen und
60 überfachlichen Kompetenzen zu erfassen. Diese Informationen sind wichtig, um für
61 Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss die Chancen auf eine Ausbildung zu
62 verbessern.

63 5. Stärkung der Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern Zur Verbesserung

64 der Bildungschancen soll die Erziehungspartnerschaft systematisch ausgebaut
65 werden. Schulen erhalten Leitlinien und Moderationsressourcen, um bei Konflikten
66 mit Eltern konstruktiv vermitteln, Eskalationen vermeiden und die gegenseitigen
67 Schulzuweisungen durchbrechen zu können.

68 6. Demokratieförderung als durchgängiges didaktisches Prinzip Neben punktueller

69 politischer Bildung wird eine demokratieorientierte Didaktik als
70 Querschnittsprinzip in der Unterrichtsgestaltung eingeführt, um demokratische
71 Haltung, Diskursfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in allen Fächern
72 zu fördern. Im Unterrichtskontext des Bildungs- und Lebensraums Schule spielen
73 dabei für die Schüler:innen die Themen Beachtung, Beteiligungsangebote und
74 Mitbestimmung durch die Möglichkeit der Verantwortungsübernahme eine zentrale
75 Rolle.

Antrag BJ 6: Verbesserung des Kita-Schlüssels

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	Bildung und Jugend

- 1 **Ersetze den Antragstitel durch:** Verbesserung des Kita-Schlüssels
- 2 Der Landesparteitag erneuert seinen Beschluss zum Leitantrag aus dem Jahr 2016
- 3 bezüglich des langfristig in Sachsen angestrebten Betreuungsschlüssels (Fachkraft-
- 4 Kind-Relation) von
- 5 • 1:3 in den Krippen für Kinder unter 3 Jahren
- 6 • 1:7,5 im Kindergarten für Kinder ab 3 Jahren und
- 7 • 1:12 im Hort.
- 8 Dies entspricht der seit langem in der Fachwelt geforderten und in anderen
- 9 Bundesländern bereits lange umgesetzten Relation.
- 10 Der Landesparteitag begrüßt die geplante Bundesratsinitiative für ein Sofortprogramm
- 11 „Frühkindliche Bildung“ für ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz, fordert die SPD
- 12 Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung aber
- 13 gleichzeitig auf, jegliche Versuche der CDU-geführten Kultus- und Finanzministerien
- 14 zurückzuweisen, mit zusätzlichen vom Bund bereitgestellten Mitteln Haushaltslöcher im
- 15 Freistaat zu stopfen und bereits vorhandene Strukturen in Sachsens Kitas zu
- 16 finanzieren.
- 17 Die SPD Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung
- 18 stellen sich dabei entschieden an die Seite von Eltern und Kommunen. Die
- 19 strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen auf Landesebene so ausgestaltet
- 20 werden, dass Kostensteigerungen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung
- 21 in Kita und Hort – sei es durch bessere Entlohnung der Beschäftigten,
- 22 Sachkostensteigerungen oder durch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität – durch den
- 23 Freistaat getragen werden und nicht durch stetig steigende Elternbeiträge, die
- 24 Familien unzumutbar belasten oder bei den überlasteten kommunalen Haushalten hängen
- 25 bleiben. Bildung ist Landesaufgabe. Für die SPD ist klar: Investitionen des
- 26 Freistaates in die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung sind
- 27 Investitionen in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Sachsen und in eine nachhaltig
- 28 demokratische Gesellschaft. Wer wie die CDU glaubt, hier sparen zu können, verspielt
- 29 unsere Zukunft.

Antrag DGR 1: Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"

Antragsteller*in:	OV Neukirchen/Würschnitztal
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Ergänze in Zeile 1 nach "beschließen"
- 3 "und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie die sozialdemokratischen
- 4 Mitglieder der sächsischen Staatsregierung weiterleiten:"
- 5 ~~Die SPD Sachsen setzt sich gegenüber der Sächsischen Staatsregierung mit Nachdruck~~
- 6 ~~dafür ein, dass die ursprünglich gewährte Ehrenamtsentschädigung in Höhe von 40 Euro~~
- 7 ~~pro Monat im Rahmen des Programms "Wir für Sachsen" durch die Bürgerstiftung Dresden~~
- 8 ~~wieder eingeführt wird.~~
- 9 Ersetze Zeilen 2 bis 5 durch:
- 10 Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Ehrenamtsprogramm "Wir für Sachsen"
- 11 und die damit verbundene Förderung des bürgerschaftlichen Engagements über eine
- 12 Aufwandsentschädigung mindestens auf dem Niveau der Vorjahre fortgeführt und für die
- 13 kommenden Jahre stabilisiert wird.

Antrag DGR 2: Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 2 Die Landtagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Schutzhäuser für
- 3 gefährdete Personen in Sachsen barrierefrei erreichbar und nutzbar sind. Des Weiteren
- 4 sollen Präventionsprogramme initiiert und gestartet werden, um Menschen mit
- 5 Behinderung vor Übergriffigkeiten, sexueller Gewalt, Gewalt in Werkstätten und
- 6 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu schützen.

Antrag DGR 3: Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung

Antragsteller*in:	AG ASJ
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion
2 bzw. die Landesregierung weiterleiten:

3 **Die Justiz in Sachsen braucht mehr Personal – für eine leistungsfähige, moderne und**
4 **bürgernahe Rechtspflege.**

5 **1. Personelle Aufstockung:** Die Landesregierung wird aufgefordert, in den kommenden
6 Haushaltsjahren eine den Herausforderungen entsprechende personelle Verstärkung
7 der sächsischen Justiz im mittleren, gehobenen und höheren Dienst vorzunehmen. Denn der
8 Generationenwechsel vollzieht sich **in allen Laufbahnen** des
9 Justizdienstes. Der mittlere und gehobene Dienst ist für die Erfüllung des
10 Rechtsgewährungsanspruchs von ebenso wesentlicher Bedeutung wie das richterliche
11 oder staatsanwaltschaftliche Personal.

- 12 • der Staatsanwaltschaften,
- 13 • der Gerichtsbarkeiten, insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- 14 • den Sozialen Diensten der Justiz (Bewährungs- und Gerichtshilfe) und
- 15 • des Justizvollzugs

16 **2. Sachgerechte Besoldung:** Kompetentes, leistungsfähiges Personal erfordert eine
17 angemessene Besoldung. Die Landesregierung ist daher aufgefordert,
18 • unter Einhaltung der Kriterien des Verfassungsrechts für eine angemessene
19 Besoldung aller Laufbahnen in der Justiz Sorge zu tragen,
20 • die Anhebung der Eingangs-/Endämter im mittleren Dienst zu prüfen und
21 • dafür Sorge zu tragen, dass Fortbildungskosten vollständig vom Dienstherrn
22 übernommen werden; dazu zählen auch angemessene Reisekosten.

23 **3. Zielgerichtete Ausbildungsreform:** Um dem bestehenden Fachkräftemangel
24 entgegenzuwirken und den Einstieg in den Justizdienst zu erleichtern, muss die
25 Ausbildung für den gesamten Justizdienst in Sachsen weiterentwickelt werden.
26 Ziel ist es, talentierten Nachwuchs frühzeitig für die Justiz zu gewinnen. Die
27 Landesregierung wird daher aufgefordert, Folgendes zu veranlassen:

- 28 • Evaluierung der gegenwärtigen Ausbildungsbedingungen im mittleren und
29 gehobenen Justizdienst,
- 30 • stärkere Praxisorientierung im rechtswissenschaftlichen Studium und in den
31 Ausbildungsberufen,
- 32 • Prüfung, in Sachsen neben Leipzig eine weitere juristische Fakultät
33 einzurichten, die Eröffnung einer zweiten juristischen Fakultät im Land
34 Sachsen,

- 35 • Die Einführung von Richterassistenzen
- 36 • eine Zulage für Bedarfsregionen
- 37 • eine Kapazitätserhöhung. Außerdem
- 38 • eine engere Bindung zur Ausbildungsperson
- 39 • beschleunigte Einstellungsmöglichkeiten nach dem zweiten Staatsexamen sowie
- 40 • attraktive Arbeitsbedingungen und moderne Ausstattung.
- 41 • die weitere Umsetzung des Hamburger Protokolls für die Reform der ersten
- 42 juristischen Prüfung
- 43 • einschließlich der Entwicklung von Perspektiven für Absolventinnen und
- 44 Absolventen eines Bachelor of Laws (LL.B.) und darauf aufbauender
- 45 Masterstudiengänge, um alternative Karrierewege im Justiz- und
- 46 Verwaltungsbereich zu eröffnen.
- 47 3. die Eröffnung einer zweiten juristischen Fakultät im Land Sachsen,
- 48 • beschleunigte Einstellungsmöglichkeiten nach dem zweiten Staatsexamen sowie
- 49 3. attraktive Arbeitsbedingungen und moderne Ausstattung.
- 50 4. **Schnellere Verfahren, spürbare Konsequenzen:** Eine gut ausgestattete Justiz ist
- 51 essenziell, um insbesondere im Strafrecht zügig über Vergehen und Straftaten zu
- 52 verhandeln und zu urteilen. Nur wenn Strafen zeitnah folgen, wirken sie
- 53 präventiv und stärken das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat. Es gibt
- 54 auch im Justizsystem Blinde Flecken. Diese treffen besonders häufig
- 55 marginalisierte Gruppen. Unsere Aufgabe muss es sein, diese Lücken zu erkennen
- 56 und zu schließen
- 57 5. Unser Ziel ist es, es schnellere Asylverfahren zu erreichen. Dafür wollen
- 58 Maßnahmen anderer Bundesländer prüfen und ggf. auf die sächsische
- 59 Gerichtsbarkeit anzuwenden.

Antrag Ini 5: Die AfD bekämpfen: Politisch, sachlich, argumentativ um Überzeugungen ringen - und einen Antrag auf Parteiverbot vorbereiten!

Antragsteller*in:	ASJ Vorstand SPD-LV Sachsen
Status:	Beschluss
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Antragsblock:	Initiativanträge

1 Die SPD ist die älteste deutsche Partei mit der längsten demokratischen Tradition.
2 Keine andere Partei hat so viel Erfahrung damit, ihre Grundwerte von Freiheit,
3 Gerechtigkeit und Solidarität in einem demokratischen Rechtsstaat zu verankern und
4 diesen Staat zu verteidigen. Der demokratische Rechtsstaat lebt von Gewaltenteilung,
5 dem Wechselspiel von Regelung und Ausübung von Macht und Prüfung auf Rechtmäßigkeit.
6 Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz kontrollieren sich gegenseitig. Zugleich
7 gewährleistet der demokratische Rechtsstaat als Grundlage dieser Freiheiten ein Maß an
8 sozialer Sicherheit, die niemanden in Krankheit, existenzgefährdender Armut oder
9 Hunger zurück lässt.

10 Dieses fragile, verletzbare und immer aufs Neue in Balance zu bringende System der
11 Grund- und Freiheitsrechte hat die SPD seit mehr als 160 Jahren zu allen Zeiten
12 verteidigt, meist mit Erfolg. Mit der Veränderung von Mehrheiten bei Wahlen ist es
13 aber auch möglich, die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage zu stellen
14 oder sogar so grundlegend umzugestalten, dass Mehrheiten die Freiheitsrechte von
15 Minderheiten und damit die Menschenwürde angreifen oder abschaffen können. Ein
16 Kernbereich unterliegt der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes, die nur durch
17 Abschaffung der Verfassung beseitigt werden kann. Die Nationalsozialisten kamen 1933
18 durch Wahlen an die Macht. Wenn eine Partei es heute erkennbar darauf anlegt, die
19 freiheitliche demokratische Grundordnung mit ihren eigenen demokratischen Mittel
20 abzuschaffen, kann sich die Bundesregierung, der Bundesrat oder der Bundestag dagegen
21 wehren, indem sie beim Bundesverfassungsgericht beantragen, diese Partei zu
22 verbieten.

23 Von diesem Instrument ist in der Vergangenheit sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht
24 worden. Denn die freiheitlich demokratische Grundordnung lebt von der demokratischen
25 Auseinandersetzung, dem Ringen um die beste Lösung und der streitigen
26 Auseinandersetzung um den besten Weg dorthin. Das Parteiverbot darf nicht zum
27 Instrument der politischen Auseinandersetzung werden.

28 Das Bundesverfassungsgericht hat für ein Parteiverbot hohe Hürden aufgestellt. Nach
29 den Informationen, die uns öffentlich zugänglich sind, meinen wir, dass diese
30 Anforderungen durch die Äußerungen und Handlungen der AfD erfüllt sind, die darauf
31 gerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen oder doch
32 zu beeinträchtigen, indem sie das Rechtsstaatsgebot und das Gebot der Menschenwürde
33 infrage stellen. Die weitere Voraussetzung des Gerichts für ein Verbot, dass eine so
34 agierende Partei in der Lage sein muss, ihre Ziele auch zu verwirklichen, ist nach
35 den letzten Wahlergebnissen kaum zu bestreiten.

36 Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in seinem Gutachten begründet, warum es die
37 AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einstuft und damit den Einsatz

- 38 nachrichtendienstlicher Mittel rechtfertigt. Eine Abfolge von Gerichtsentscheidungen,
39 u.a. des OVG NRW in Münster, bestätigen die in dem Gutachten genannten Sachverhalte.
- 40 In dieser Situation müssen wir den politischen Umständen Rechnung tragen.
- 41 • Jetzt ist die Zeit, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane die
42 Voraussetzungen schaffen, um einen Antrag auf Feststellung der
43 Verfassungswidrigkeit der AfD stellen zu können.
 - 44 • Jetzt wollen wir deshalb darauf hinwirken, dass die antragsberechtigten
45 Verfassungsorgane Verfahrensexperten damit beauftragen, ein solches Verfahren
46 vorzubereiten.
 - 47 • Wenn das Vorliegen dieser Voraussetzungen bestätigt wird, fordern wir Bundestag,
48 Bundesrat und Bundesregierung auf, den Verbotsantrag zu stellen.
- 49 Dabei ist uns bewusst:
- 50 • Weder die Vorbereitung eines Verbotsantrags noch die Feststellung der
51 Verfassungswidrigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsgericht ersetzen die
52 politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Partei und ihren
53 Wählerinnen und Wählern.
- 54 Ein Parteiverbot führt nicht dazu, dass die Mentalität dieser Menschen sich ändert.
55 Im Gegenteil: Wir müssen uns damit beschäftigen, dass viele Menschen diese Partei als
56 Opfer sehen werden, weil sie eine unliebsame Konkurrenz sei, derer sich andere
57 Parteien angeblich mit einem Verbot entledigen wollen. Zu viele Menschen in
58 Deutschland zweifeln an der Handlungsfähigkeit von Staat und Demokratie. Zu viele
59 nehmen an, dass ihre Lebenssituation nicht gesehen wird, dass ihre Stimme nicht
60 gehört wird und dass sie in viel zu geringem Maße selbst über ihr Leben bestimmen. Zu
61 viele stellen infrage, ob es in Deutschland bei der Verteilung von Einkommen,
62 Vermögen und der Chancen bei Bildung und Teilhabe gerecht zugeht. Auf diese Fragen,
63 auf diese Annahmen und Realitäten braucht die Sozialdemokratie Antworten, wenn wir
64 den Zuspruch zu den radikalen Kräften brechen und Menschen zurückgewinnen wollen. Es
65 gibt kein Recht darauf, eine verfassungsfeindliche Partei zu wählen.

Antrag DGR 4: Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 Sexuelle Übergriffe sind kein Kavaliersdelikt. Diskriminierung und sexualisierte
4 Gewalt am Arbeitsplatz sind Ausdruck struktureller Machtverhältnisse und
5 patriarchaler Gewalt, von denen insbesondere Frauen, queere Menschen, trans*, inter*
6 und nicht-binäre Personen sowie Menschen mit Rassismuserfahrungen betroffen sind.
7 Diskriminierung am Arbeitsplatz darf kein Normalfall bleiben. Es ist unsere Aufgabe,
8 Betroffene vor sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung zu schützen, sie zu
9 stärken und ihnen solidarisch zur Seite zu stehen. Dabei müssen wir die
10 systematischen Ungleichheitsverhältnisse explizit mitdenken und benennen, denn nicht
11 alle Beschäftigten sind im selben Maß betroffen, geschützt, oder gar in der Lage,
12 sich bei Benachteiligungs- und Diskriminierungserfahrungen zu verteidigen. Ein
13 intersektionaler Ansatz ist zwingend notwendig.
- 14 Solche Vorfälle häufen sich am Arbeitsplatz, wo Abhängigkeitsverhältnisse bestehen,
15 die eine Anzeige oder ein Einschreiten erschweren. Wir fordern verbindliche
16 Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen, klare Sanktionsmechanismen und ein
17 einheitliches Vorgehen – unabhängig davon, ob die Täter:innen, Kolleg:innen,
18 Vorgesetzte oder Mitglieder der Geschäftsführung sind. Gespräche allein lösen das
19 Problem nicht - es braucht politische Initiativen, strukturelle Änderungen,
20 ausreichende Ressourcen, tatsächliche Folgen für Täter und konsequentes Handeln im
21 Sinne der Betroffenen.
- 22 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird daher aufgefordert, mit Arbeitgeber- und
23 Arbeitnehmervertreter:innen ins Gespräch zu kommen und einen Gesetzesentwurf
24 einzubringen. Dieser soll landesweite Mindeststandards für den Schutz vor
25 sexualisierter Gewalt und Diskriminierung am Arbeitsplatz festlegen. Dazu gehören
26 verpflichtende Schulungen für Führungskräfte, unabhängige Beschwerdestellen,
27 Sanktionen bei unterlassener Intervention und ein staatlich unterstütztes Monitoring.
- 28 Zudem soll sich die Fraktion für eine umfassende landesweite Aufklärungskampagne
29 gegen Sexismus am Arbeitsplatz einsetzen, die gezielt auch marginalisierte Gruppen
30 anspricht. Vorbild kann das ostsächsische Projekt „Frauen bauen“ sein. Bestehende
31 Projekte müssen jedoch weiterentwickelt, diversifiziert und langfristig finanziert
32 werden.

Antrag DGR 5: Catcalling als Straftatbestand anerkennen

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

1

Gleichzeitig nehmen wir die Stimmen von Betroffenenorganisationen, Beratungsstellen

2

sowie von Jurist:innen ernst. Diese weisen darauf hin, dass das Strafrecht als

3

letztes Mittel nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen kann. Sie weisen auch

4

darauf hin, dass neue Straftatbestände nicht automatisch zu mehr Schutz führen.

5

Gerade im Bereich sexualisierter Gewalt berichten Betroffene regelmäßig von Hürden

6

bei der Anzeigenerstattung. Die Gründe sind sehr unterschiedlich. Dazu gehören Angst

7

vor Bagatellisierung, Gegenanzeigen, fehlendes Vertrauen in staatliche Stellen oder

8

traumatisierende Erfahrungen im Ermittlungsverfahren.

9

Aus diesem Grunde fordern wir nachdrücklich, die Einführung eines neuen

10

Straftatbestandes in ein ganzheitliches gesellschaftliches Maßnahmenpaket zu

11

integrieren. Neben der gesetzlichen Änderung braucht es:

12

- Eine breit angelegte, niedragschwellige und dauerhafte Öffentlichkeitskampagne, die aufklärt und ein gesellschaftliches Problembewusstsein schafft, sollte über Catcalling, sexualisierte Belästigung und die neue Rechtslage informieren.

13

14

15

- Es soll eine unabhängige Evaluation der Gesetzesänderung nach drei Jahren

16

durchgeführt werden. In diese Evaluation sollen zivilgesellschaftliche

17

Akteur:innen einbezogen werden. Ziel der Evaluation ist es, die Wirkung der

18

Gesetzesänderung zu analysieren. Außerdem soll sie Nebenwirkungen aufzeigen.

19

Schließlich soll die Evaluation auch den Verbesserungsbedarf ermitteln.

20

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der

21

SPD sowie die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:

22 Sexualisierte Sprüche, obszöne Gesten oder andere Formen sexueller Belästigung ohne
23 Körperkontakt im öffentlichen Raum - sogenanntes „Catcalling“ - sind kein „nicht-so-
24 gemeinter-Scherz“, sondern mindestens eine Respektlosigkeit und viele Menschen
25 verspüren dadurch Scham oder Angst. Es beginnt mit scheinbar „harmlosen“
26 Alltagssexismen, die bis hin zu sexualisierter und tödlicher Gewalt - Femiziden -
27 führen können. Betroffen sind fast ausschließlich weiblich gelesene Personen und
28 Menschen aus der LGBTQ+-Community.

29 Um den respektvollen und angstfreien Umgang zu schützen und solche Taten künftig auch
30 als sozial inakzeptabel zu bewerten, wird ein neuer Tatbestand der verbalen und
31 nonverbalen sexuellen Belästigung als neuer Absatz 1 in § 184j StGB geschaffen,
32 dessen Wortlaut sich an den Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 24.10.2024 (BR
33 Drs 519/24) anlehnen soll.

Antrag Ini 6: Menschenrechte verteidigen – Asylrechtsverschärfungen stoppen, Dobrindt muss zurücktreten!

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Status:	Beschluss
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die SPD Sachsen spricht sich entschieden gegen die derzeitigen
4 Asylrechtsverschärfungen aus, die von der Bundesregierung unter maßgeblichem Einfluss
5 der Union – insbesondere der CSU – vorangetrieben werden. Diese Entwicklungen stellen
6 einen fundamentalen Bruch mit den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und
7 Menschenwürde dar.

8 Rechtsstaatsverachtendes Handeln Alexander Dobrindts

9 Alexander Dobrindt, seines Zeichens Bundesminister des Innern, hat die Fortsetzung
10 der Zurückweisungen an deutschen Grenzen angekündigt, obwohl das Berliner
11 Verwaltungsgericht eindeutig entschieden hat, dass diese Praxis rechtswidrig ist.
12 Jeder Asylantrag muss individuell geprüft werden.

13 Diese Reaktion offenbart eine zutiefst gefährliche und asylfeindliche Grundhaltung,
14 die den Rechtsstaat untergräbt und eine nicht hinnehmbare Respektlosigkeit gegenüber
15 der Justiz zeigt. Dies offenbart ferner Dobrindts mangelnden Respekt vor
16 rechtsstaatlichen Prinzipien und gerichtlichen Entscheidungen.

17 Systematische Aushöhlung des Asylrechts

18 Die geplanten und teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen – darunter Schnellverfahren
19 an EU-Außengrenzen, faktische Aushebelung des individuellen Asylrechts, stationäre
20 Grenzkontrollen im Schengenraum sowie die zunehmende Abschiebung in unsichere Staaten
21 – sind nicht nur Verstöße gegen, sondern offene Angriffe auf die Genfer
22 Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und in Teilen gegen
23 geltendes EU-Recht.

24 Sie fördern ein migrationspolitisches Klima der Ausgrenzung, kriminalisieren
25 systematisch Schutzsuchende und verschieben die Asylprüfung in rechtsstaatlich nicht
26 nur fragwürdige, sondern aktiv gefährdende und menschenrechtsverletzende
27 Drittstaaten.

28 Kontinuität menschenverachtender Politik

29 Dieses Vorgehen ist Teil eines seit Jahren fortschreitenden Angriffs auf das
30 Grundrecht auf Asyl. Besonders kritisch sehen wir, dass sich auch unter SPD-geführter
31 Regierungsbeteiligung in der Vergangenheit bereits menschenverachtende und
32 entwürdigende Maßnahmen etablierten, die das Asylrecht geschädigt und Menschenrechte
33 verletzt. Hierzu zählen ganz konkret:

34

35 Die politisch motivierte Einstufung weiterer sogenannter "sicherer
36 Herkunftsstaaten", welche dem Schutzgedanken von Abschiebeverboten entgegenwirkt.

37

38 ¶ Die fortgesetzte Praxis der Verlängerung des Duldungsstatus ohne klare
39 Bleibeperspektiven, die Betroffene in einem Zustand permanenter rechtlicher
40 Unsicherheit und gesellschaftlicher Isolation belässt.

41

42 ¶ Die Durchführung von Abschiebungen nach Afghanistan trotz erwiesener
43 Sicherheitsrisiken, was die betroffenen Geflüchteten in unmittelbare Gefahr brachte
44 und zu tragischen Konsequenzen führte.

45

46 ¶ Die Einschränkung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, wie sie im
47 aktuellen Koalitionsvertrag festgehalten ist. Diese Maßnahme führt zur systematischen
48 Trennung von Familien und widerspricht sowohl Artikel 6 des Grundgesetzes als auch
49 den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands.

50

51 Populistische Rhetorik und Folgen der Abschottungspolitik

52 Alexander Dobrindt trägt als amtierender Innenminister besondere Verantwortung für
53 diese Eskalation. Seine wiederholten öffentlichen Äußerungen – darunter die
54 Gleichsetzung von Migration mit Kontrollverlust, seine abwertende Rhetorik gegenüber
55 Schutzsuchenden sowie das bewusste Infragestellen von Gerichtsentscheidungen – sind
56 nicht nur populistisch, sondern brandgefährlich für das demokratische Zusammenleben.
57 Sie verstoßen gegen den politischen Anstand, delegitimieren rechtsstaatliche
58 Institutionen und ihre Urteile und befördern damit eine Enthemmung des öffentlichen
59 Diskurses.

60 Die von ihm befürworteten dauerhaften stationären Grenzkontrollen – insbesondere zu
61 Österreich und Polen – widersprechen klar dem Schengen-Recht, das nur zeitlich
62 begrenzte Kontrollen bei *konkreter* Bedrohungslage erlaubt. Eine pauschale
63 Verlängerung dieser Maßnahmen ist rechtswidrig.

64 Rechtsbrüche an den Grenzen und inhumane Abschiebungspraxis

65 Immer mehr Asylverfahren werden als sogenannte „Grenzverfahren“ abgewickelt. Diese
66 Praxis führt zu einer systematischen Verletzung grundlegender rechtsstaatlicher
67 Standards, da Geflüchteten routinemäßig Folgendes verwehrt wird: Dazu zählen:

68 ¶ fehlender Zugang zu effektiver Rechtsberatung,

69

70 ¶ Menschenwürdige Unterbringung, da stattdessen oft haftähnliche Zustände mit
71 prekären hygienischen und medizinischen Bedingungen herrschen,

72

73 ¶ eine unabhängige Aufsicht der Verfahren.

74

75 ¶ Zudem erfolgt eine inakzeptable Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten wie
76 Ruanda, Tunesien oder Libyen, obwohl in diesen Ländern, wie von UNHCR, Amnesty
77 International und Human Rights Watch dokumentiert, schwerste
78 Menschenrechtsverletzungen geschehen.

79

80 Diese Verfahren hebeln nicht nur das individuelle Asylrecht faktisch aus, sie
81 untergraben die völkerrechtliche Verpflichtung zum Non-Refoulement und sind mit der
82 Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar.

83 Die Abschiebung in Länder wie Afghanistan, Syrien oder Somalia – trotz bestehender
84 Gefährdungslagen und entgegen juristischer Urteile – sind ein weiterer Ausdruck der
85 politischen Verschiebung nach rechts. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
86 oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden gezielt relativiert oder
87 eiskalt ignoriert.

88 Das Berliner Verwaltungsgericht hatte Anfang Juni drei Menschen aus Somalia recht
89 gegeben, die sich gegen ihre Zurückweisung ohne Asylverfahren wehrten. Es erklärte
90 die Zurückweisungen für rechtswidrig. Sowohl Kanzler Friedrich Merz als auch
91 Innenminister Dobrindt lassen infolgedessen keinerlei Abkehr von ihrem Migrationskurs
92 erkennen.

93 Diskriminierung durch die Bezahlkarte

94 Es ist unsere Pflicht, auch die Bezahlkarte zu kritisieren und sie entschieden
95 abzulehnen, denn sie ist eine zutiefst diskriminierende Maßnahme und ein Angriff auf
96 die Würde von Geflüchteten. Die Bezahlkarte ist eine entmündigende und rassistische
97 Ungleichbehandlung, welche Geflüchteten abspricht eigenständig finanzielle
98 Entscheidungen zu treffen, individuelle Bedürfnisse ausblendet, Teilhabe erschwert
99 und damit Integration mit einer weiteren Hürde versieht. Trotzdem wird die
100 Bezahlkarte von der Landes- und Bundesregierung als Ziel festgelegt. Wir lehnen diese
101 Forderung und den damit einhergehenden rassistischen Diskurs klar ab. Es ist im Sinne
102 der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht
103 hinnehmbar, dass sich Regierungen mit SPD-Beteiligung an der Umsetzung dieser
104 diskriminierenden Maßnahme beteiligen/diese als Ziel setzen. Wir sollten uns
105 entschieden gegen diese diskriminierende Praxis stellen. Unser sozialdemokratisches
106 Interesse sollte sein Geflüchtete bedingungslos zu unterstützen, anstatt sie
107 abzuschalten, auszugrenzen und abzuschieben!

108 Wir fordern daher:

109 1. Die SPD-Bundestagsfraktion muss sich mit Nachdruck gegen jede weitere Aushöhlung
110 des Asylrechts stellen – auch mit Blick auf die geplante Umsetzung der GEAS-Reform.
111 Bereits beschlossene Verschärfungen sind auf ihre Vereinbarkeit mit Verfassung,
112 Völkerrecht und EU-Recht kritisch zu überprüfen

113 2. Die SPD darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen eines migrationspolitischen
114 Rechtsrucks machen, sondern muss als Menschenrechtspartei sichtbare Stellung
115 beziehen.

116 3. Die SPD muss sich auf allen Ebenen für eine Abschaffung der Bezahlkarte
117 einsetzen.

118 4. Alexander Dobrindt ist in seiner Rolle als Innenminister untragbar geworden und
119 zeigt, dass er dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Wir fordern seinen sofortigen
120 Rücktritt auf Grundlage des Urteils des Berliner Verwaltungsgerichts.

121 Asyl ist ein Menschenrecht

122 Asyl ist ein Menschenrecht. Unsere Antwort auf globale Krisen, Kriege und

- 123 Fluchtbewegungen darf nicht Entrechtung und Abschottung heißen, sondern Solidarität,
124 Menschlichkeit und klare Kante gegen rechte Stimmungsmache – innerhalb und außerhalb
125 des Bundestags. Grenzkontrollen müssen beendet und die individuelle Prüfung aller
126 Asylanträge fortgesetzt werden.

Antrag DGR 7: Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen

Antragsteller*in:	KV Meißen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

1 ***Der Landesparteitag möge beschließen:***

2 Wir fordern unsere Mitglieder in der Sächsischen Staatsregierung auf, in Umsetzung
3 des Koalitionsvertrages in ganz Sachsen Runde Tische zu initiieren. Diese Runden
4 Tische sollen zum einen ein aktives Beteiligungsinstrument sein, mit dem sich
5 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Vorschlägen an die Staatsregierung wenden
6 und andererseits Initiativen und Vorhaben der Staatsregierung und der Koalition mit
7 den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert werden können.

8 Zum anderen können auch die Runden Tische zu Orten der Versöhnung werden, an denen
9 hochstrittige Themen wie das staatliche Handeln in Corona-Zeiten oder Krieg und
10 Frieden so besprochen werden können, dass ein gegenseitiges Verständnis entstehen
11 kann. Runde Tische leben vom Zuhören und Reden.

12 Die Runden Tische sollen in regelmäßigen aber größeren Abständen in allen Landkreisen
13 und kreisfreien Städten stattfinden. Es muss dabei darauf geachtet werden, dass vor
14 allem „einfache“ Bürgerinnen und Bürger, z.B. über Telefonbuchverfahren, und weniger
15 Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Verbänden eingeladen
16 werden.

17 Wir wollen Vertrauen wieder aufbauen, zur Versöhnung beitragen und wieder dazu
18 kommen, dass trotz oder wegen der großen Meinungsunterschiede in unserem Land wieder
19 miteinander gesprochen wird.

Antrag DGR 8: Seniorenmitwirkungsgesetz im Freistaat Sachsen

Antragsteller*in:	60 plus Vorstand SPD-LV Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass wie in anderen
- 2 Bundesländern ein Seniorenmitwirkungsgesetz für den Freistaat Sachsen verabschiedet
- 3 wird.
- 4 Ziel des Seniorenmitwirkungsgesetzes ist die Stärkung des Mitwirkungsrechts der
- 5 Seniorinnen und Senioren.

Antrag G 1: Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/CFS

Antragsteller*in:	UB Dresden
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	Gesundheit

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3
- 4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die ambulante Versorgung von Patient*innen mit
- 5 Long Covid / ME/CFS (myalgische Enzephalitis / chronisches Fatigue Syndrom) in
- 6 Sachsen verbessert wird.

Antrag G 3: Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen

Antragsteller*in:	AG ASG
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	Gesundheit

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 1. Informationskampagne:

4 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
5 Zusammenhalt wird aufgefordert, eine umfassende Informationskampagne für
6 niedergelassene Ärzt*innen zu initiieren. Ziel der Kampagne ist es, die Ärzt*innen
7 über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Long COVID und ME/CFS zu
8 informieren und ihnen praxisnahe Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben.

9

10 2. Verpflichtende Weiterbildung:

11 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
12 Zusammenhalt wird aufgefordert sich bei der Selbstverwaltung (Kassenärztliche
13 Vereinigung Sachsen und Ärztekammer Sachsen) dafür einzusetzen, dass verpflichtende
14 Weiterbildungsmaßnahmen zu Long COVID und ME/CFS eingeführt werden. Diese
15 Weiterbildungen sollen mindestens folgende Inhalte umfassen:

- 16 - Erkennung und Diagnostik der Krankheitsbilder
- 17 - Interdisziplinäre Behandlungsansätze
- 18 - Umgang mit den psychosozialen Auswirkungen der Erkrankungen

19

20 3. Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit:

21 Es wird angeregt, dass die Weiterbildung auch den Austausch zwischen verschiedenen
22 Fachgruppen wie Neurolog*innen, Internist*innen, Schmerztherapeut*innen und
23 Psycholog*innen fördert, um eine ganzheitliche Versorgung der Patient*innen zu
24 gewährleisten.

25

26 4. Evaluation und Weiterentwicklung:

27 Die Wirksamkeit der Informationskampagne und Weiterbildungsmaßnahmen sollen
28 regelmäßig evaluiert und bei Bedarf weiterentwickelt werden, um den aktuellen
29 wissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht zu werden.

30

31 Kostenabschätzung:

32 Die Umsetzung der Informationskampagne und der Weiterbildungsmaßnahmen erfordert

33 zusätzliche finanzielle Mittel, die durch das Staatsministerium bereitgestellt werden
34 sollen. Eine genaue Kostenabschätzung sollte durch eine Expert*innenkommission
35 erfolgen.

36

37 Zeithorizont / Umsetzungsvorschläge:

38 Kurzfristig (innerhalb von 1 Jahr):

39 - Start der Informationskampagne und Entwicklung der Weiterbildungsprogramme.

40 Mittelfristig (innerhalb von 3 Jahren):

41 - Einführung der verpflichtenden Weiterbildungsmaßnahmen und erste Evaluation der
42 Ergebnisse.

43

44 Quellen / Verweise:

45 • [NICE-Leitlinien zu ME/CFS](<https://nice.org.uk/guidance/ng206>)

46 • [Ergebnisse einer paneuropäischen Umfrage zu ME/CFS](

47 <https://www.mecfs.de/ergebnisse-einer-paneuropaeischen-umfrage-zu-me-cfs/>)

48 • [Bericht der WHO zu Long COVID](

49 <https://www.who.int/publications/i/item/clinical-management-of-covid-19>)

50

51 Diese Anlage soll die Dringlichkeit der Maßnahmen unterstreichen und konkrete
52 Handlungsvorschläge für eine verbesserte Versorgung von Patient*innen mit Long COVID
53 und ME/CFS in Sachsen liefern.

Antrag G 4: Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	Gesundheit

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag weiterleiten, dass die Betreuung sowie Behandlung der Kinder von
3 Eltern, die die Diagnose einer Substanzstörung erfüllen, gestärkt wird. (Zum Beispiel
4 durch das Fetale Alkoholspektrumstörungen (FASD) werden durch Alkoholkonsum in der
5 Schwangerschaft und mit einer Häufigkeit von 2% die häufigste Ursache für eine
6 angeborene lebenslange Behinderung verursacht; durch den Konsum von Chrsyl Meth
7 können Beeinträchtigungen oder Behinderungen des Neugeborenen entstehen.)Es muss
8 auch berücksichtigt werden, dass schon in der Schwangerschaft die Einbindung der
9 Mütter in ein umfassendes Betreuungssystem gewährleistet sein muss. Die Betreuung
10 sowie Behandlung dieser Kinder muss von der unmittelbaren Nachsorge im Anschluss an
11 die Geburt bis ins Erwachsenenalter garantiert sein. Die unmittelbare Nachsorge nach
12 der Geburt kann nur geschehen durch die zweckgebundene finanzielle und personelle
13 Ausstattung der sächsischen Kliniken im Bereich der intensivmedizinischen und
14 neonatalen Versorgung. Es müssen Vernetzungs- und Koordinierungsstellen zwischen den
15 Kliniken, den Kommunen, den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen, den Jugendämtern
16 und den psychosozialen Beratungsstellen, sowie den Spezialambulanzen für
17 Substanzstörungen, in Sachsen geschaffen werden.

Antrag G 5: Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	Gesundheit

- 1 Psychische Erkrankungen sind unter Jugendlichen oft ein Tabu-Thema. Laut einer Studie
2 der DAK (2023) geben 44 % der Jugendlichen an, sich nicht zu trauen, über psychische
3 Probleme zu sprechen. Die Gründe:
- 4 • Unwissenheit: Viele erkennen Symptome nicht oder nehmen sie nicht ernst.
 - 5 • Angst vor Stigmatisierung: Psychische Erkrankungen werden oft als „Schwäche“
6 angesehen.
 - 7 • Mangelnde Aufklärung: In Lehrplänen spielt psychische Gesundheit kaum eine
8 Rolle. Der schulische Alltag ist für viele junge Menschen von erheblichem
9 Leistungsdruck, sozialen Ängsten und struktureller Überforderung geprägt.
10 Psychische Erkrankungen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind
11 Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit, starrer Bildungswege und fehlender
12 Unterstützung. Entstigmatisierung ist daher nicht allein pädagogische Aufgabe,
13 sondern muss ein grundlegendes Umdenken im Bildungssystem bedeuten. Schulen
14 müssen zu Schutzräumen werden – nicht zu Orten der Auslese.
- 15 Laut der DGPPN (2023) erhalten 70 % der Jugendlichen mit Depressionen keine
16 rechtzeitige Hilfe, weil sie sich nicht trauen, Unterstützung zu suchen.
- 17 Wir fordern ein Schulprogramm zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, das
18 folgende Maßnahmen beinhaltet:
- 19 Workshops, Infoveranstaltungen und Präventionsangebote zur Förderung psychischer
20 Gesundheit und zur Aufklärung über psychische Erkrankungen.
 - 21 • „Mental Health“-Tage als feste Veranstaltung an Schulen.
 - 22 • Auch soll eine Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Projekt „Mind Matters“
23 angestrebt werden. Erfahrungsberichte von Betroffenen, um Stigmata abzubauen.
- 24 Zusätzlich fordern wir den verbindlichen Ausbau multiprofessioneller Teams an jeder
25 Schule. Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Beratungslehrkräfte
26 müssen flächendeckend, gesetzlich verankert und tariflich abgesichert an jeder Schule
27 zur Verfügung stehen. Eine angemessene psychische Gesundheitsversorgung darf nicht
28 vom Wohnort oder dem „Engagement“ Einzelner abhängen. Auch in der
29 Lehrkräfteausbildung müssen Inhalte zu psychischer Gesundheit, Trauma-Sensibilität
30 und diskriminierungssensibler Kommunikation verpflichtend werden.
- 31 Um unsere Forderungen umsetzen zu können, können folgende Punkte in Betracht gezogen
32 werden:
- 33 1. Kooperation mit Kultus- und Gesundheitsministerien, um die psychische Gesundheit
34 im Schulalltag zu integrieren.
 - 35 2. Fortbildungen für Lehrkräfte etablieren. Diese Fortbildungen sollen folgende

- 36 Inhalte haben:
- 37 a. Sensibilisierung für Mobbing und psychische Probleme
- 38 b. Fachgerechter Umgang und Unterstützung von Schüler*innen mit psychischen
- 39 Problemen
- 40 c. Schüler*innen altersgerecht über psychische Probleme aufklären
- 41 koordiniertes und stressfreies Lehren
- 42 3. Einbindung von Betroffenen als „Mental-Health-Botschafter*innen“.
- 43 Die Finanzierung der Maßnahmen muss durch dauerhafte Landesmittel sichergestellt und
- 44 im Landeshaushalt verbindlich verankert werden. Dabei ist insbesondere eine
- 45 langfristige Förderung von Fachpersonal und struktureller Prävention zu priorisieren,
- 46 statt punktueller Modellprojekte.

Antrag G 6: Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen

Antragsteller*in:	UB Dresden
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	Gesundheit

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag*
2 *sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Die SPD-Fraktion im Bundestag setzt sich für die Wiedereinführung der vollständigen
5 Kostenerstattung für Zahnersatz, Brillen und Hörhilfen ein und erarbeitet hierzu eine
6 Gesetzesnovelle.

7 Um Gesundheit, uneingeschränkte Teilhabe und Wohlbefinden zu ermöglichen, fordern
8 wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für Zahnbehandlungen und
9 Zahnersatz, Brillen(-), Seh- und Hörhilfen, gestaffelt nach dem Grad der
10 Beeinträchtigung und dem Einkommen bis zu einem Maximalbetrag von 90% übernehmen.
11 Dabei soll die medizinische Indikation, die positive Nutzenbewertung, so wie die
12 Wirtschaftlichkeit der gewählten Mittel ausschlaggebend sein.

13 Für Brillengläser sollen die Kostenerstattungen bei allen mittelgradigen und
14 schwergradigen beeinträchtigenden Störungen des Visus gelten. Hier ist insbesondere
15 die vollständige Erstattung bei schwerwiegenden Seheinschränkungen umzusetzen. Die
16 Kostenerstattung soll eine pauschale Leistung für das Brillengestell umfassen.

17 **Brillen mit einem angemessenen Festbetrag für alle bezuschussen**

18

19 Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise für Minderjährige,
20 besonders schweren Fällen oder Sehbehinderungen übernommen, was dazu führt, dass alle
21 anderen Menschen sich diese wichtigen medizinischen Hilfsmittel nicht leisten können.
22 Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen oder einer chronischen Krankheit
23 kann dies zu einer großen
24 finanziellen Belastung führen.

25

26 Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von
27 entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht leisten
28 kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von
29 Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen Auch der Ersatz oder die
30 Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen, Zahnfehlstellungen und Gebiss ist für viele
31 Menschen ein zentrales Element, um selbstbewusst in sozialen Kontexten aufzutreten.
32 Ist er nicht erschwinglich, ziehen sich Betroffene nicht zuletzt durch Scham zurück
33 und fehlen mit ihren individuellen Talenten. **Oft sind diese Menschen gezwungen sich**
34 **zu verschulden und Kredite extra für die Behandlung aufzunehmen.**

35

36 Deswegen ist eine angemessene Bezuschussung durch einen Festbetrag, aufgeschlüsselt
37 auf den Bedarf nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für die
38 Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn eine bessere Gesundheitsversorgung
39 führt zu höherer Lebensqualität und Produktivität, was sich letztlich auch auf die
40 Wirtschaft positiv und die Bereicherung der Gesellschaft als Ganzes.

41 Es ist darauf zu achten, dass Bürokratien abzubauen und Ärzte zu entlasten sind.
42 Augenoptiker sollen über einen Berechtigungsschein die Kosten direkt bei der
43 Krankenkasse abrechnen können, ohne dass der Augenarzt ein Rezept ausstellen muss.

44

45 Deshalb fordern wir die Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass
46 die Krankenkassen die Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen mit einem angemessenen
47 Festbetrag für alle zu übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das
48 Wohlbefinden unserer Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle
49 zugänglich
50 sein, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

Antrag Ini 7: Queere Rechte sind nicht verhandelbar – in Sachsen, im Bund und in Europa

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Status:	Beschluss
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1

2 Die Angriffe auf die Rechte queerer Menschen nehmen zu – in Sachsen, in Deutschland,
3 in Europa. Während in Ungarn queere Menschen systematisch entrechtet werden, wird in
4 Italien über die Abschaffung gleichgeschlechtlicher Elternschaft diskutiert. In Polen
5 ziehen sich queere Menschen zunehmend aus dem öffentlichen Raum zurück, weil ihnen
6 Gewalt droht. Die Rechten in Europa führen ihren Kulturkampf auf dem Rücken queerer
7 Menschen.

8 Auch in Deutschland verschärft sich die Lage: Queerfeindliche Straftaten haben in den
9 letzten Jahren massiv zugenommen. In Sachsen wird die Existenz queerer Menschen von
10 der AfD geleugnet, in der CDU wird von „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“
11 fabuliert. Bildungspläne, die queeres Leben sichtbar machen, werden torpediert. Die
12 vermeintliche Mitte der Gesellschaft rückt nach rechts – und queere Menschen zahlen
13 den Preis. Als SPD stellen wir uns diesen Angriffen entschlossen entgegen. Queere
14 Rechte sind nicht verhandelbar. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle
15 Menschen frei und ohne Angst leben können – unabhängig von geschlechtlicher
16 Identität, sexueller Orientierung oder Lebensweise. Queerfeindlichkeit duldet keinen
17 Aufschub – sie muss politisch bekämpft und praktisch zurückgedrängt werden.

18 Wir erwarten von allen SPD-Mandatsträger*innen in Sachsen, dass sie ihre
19 Verantwortung wahrnehmen: öffentlich Stellung beziehen, rechte Diskursverschiebungen
20 klar zurückweisen, Anträge einbringen, Bündnisse mit queeren Initiativen suchen und
21 sichtbar an der Seite queerer Menschen stehen – nicht nur im Pride Month. Wir
22 fordern, dass die SPD Sachsen die Verantwortung ihrer gewählten Vertreter*innen
23 konkretisiert: Wer Rechte für queere Menschen verteidigen will, muss das auch
24 sichtbar und unmissverständlich tun – im Landtag, Bundestag, Stadtrat und auf der
25 Straße. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die sofortige
26 Rückführung und den Schutz der in Ungarn inhaftierten Antifaschistin Maja T
27 einzusetzen.

28 Als nicht-binäre, queere Person droht ihr in Ungarn kein rechtsstaatliches Verfahren.
29 Trotzdem wurde Maja nach Ungarn ausgeliefert. Obwohl das Bundesverfassungsgericht
30 entschied, dass dies für Maja als queere Person eine Gefahr darstellt. Deutschland
31 muss queere Antifaschist*innen konsequent schützen – auch gegen den Widerstand
32 autoritärer EU-Regierungen.

33 dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen: nicht nur im

34 Pride Month. Wir fordern, dass die SPD Sachsen die Verantwortung ihrer gewählten
35 Vertreter*innen konkretisiert: Wer Rechte für queere Menschen verteidigen will, muss
36 das auch sichtbar und unmissverständlich tun – im Landtag, Bundestag, Stadtrat und
37 auf der Straße. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die
38 sofortige Rückführung und den Schutz der in Ungarn inhaftierten Antifaschistin Maja T

39 einzusetzen. Als nicht-binäre, queere Person droht ihr in Ungarn kein
40 rechtsstaatliches Verfahren. Trotzdem wurde Maja nach Ungarn ausgeliefert. Obwohl das
41 Bundesverfassungsgericht entschied, dass dies für Maja als queere Person eine Gefahr
42 darstellt. Deutschland muss queere Antifaschist*innen konsequent schützen – auch
43 gegen den Widerstand autoritärer EU-Regierungen.

44 Anlass für diesen Antrag ist der empörende Vorstoß von Bundestagspräsidentin Julia
45 Klöckner, die es Beschäftigten der Bundestagsverwaltung untersagte, im Rahmen ihrer
46 Tätigkeit am Berliner CSD teilzunehmen. Zudem untersagte sie das Hissen der
47 Regenbogenflagge mit Verweis auf das sogenannte Neutralitätsgebot. Dieser Vorstoß
48 ignoriert bewusst, dass es bei queerer Sichtbarkeit und dem Einsatz für
49 Menschenrechte nicht um parteipolitische Fragen, sondern um grundlegende
50 demokratische Werte geht. Menschenrechte sind nicht verhandelbar – und dürfen auch
51 nicht hinter vermeintlicher Neutralität versteckt werden.

Antrag KVV 1: Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	Kommunales, Verkehr und Wohnen

1 Der LPT der SPD Sachsen möge beschließen:

2 **Wohnen ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit**

3 Wohnen ist Voraussetzung für ein sicheres Leben, für soziale Teilhabe, für Gesundheit
4 und Selbstbestimmung. In Sachsen bleibt der Zugang zu bezahlbarem, gut angebundenem
5 und energieeffizientem Wohnraum für viele Menschen eingeschränkt - ob durch steigende
6 Mieten, energetische Armut oder fehlende Infrastruktur im ländlichen Raum. Diese
7 Entwicklung ist nicht zufällig. Sie ist Ergebnis einer wohnungspolitischen
8 Entwicklung, die über Jahrzehnte stark marktgesteuert war und dabei versäumt hat,
9 soziale Gerechtigkeit dauerhaft abzusichern.

10 Die Folgen dieser Marktfixierung sind überall sichtbar: steigende Mietpreise in den
11 Städten, fehlende Sanierungen im ländlichen Raum, Verdrängung einkommensschwacher
12 Haushalte, Wohnungslosigkeit und überfüllte Unterkünfte. Gleichzeitig fehlen
13 verbindliche Investitionszusagen und politische Steuerung. Genau hier muss Politik
14 ansetzen. Wohnungspolitik darf nicht länger als reine Verwaltungsfrage behandelt
15 werden - sie ist Teil einer gerechten Strukturpolitik und gehört ins Zentrum unserer
16 sozialdemokratischen Programmatik.

17 Dabei erkennen wir ausdrücklich an: Die SPD hat in den letzten Jahren auf Bundes- wie
18 Landesebene wohnungspolitisch viel auf den Weg gebracht. Vom Neustart im sozialen
19 Wohnungsbau über das Wohngeld Plus bis zur verankerten kommunalen Wärmeplanung wurden
20 wichtige Schritte gegangen. Die wohnungspolitische Realität vieler Menschen zeigt
21 jedoch: Es braucht einen noch entschlosseneren, systemischen und langfristig
22 gedachten Kurs - auch und gerade auf Landesebene.

23 **Eine sozial gerechte Wohnungspolitik für Sachsen**

24 Sachsen braucht eine Wohnungspolitik, die sich klar an der sozialen Frage orientiert.
25 Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Zugang zu bezahlbarem, gutem
26 Wohnraum darf nicht vom Einkommen, Wohnort oder Aufenthaltsstatus abhängen.
27 Wohnungspolitik muss dabei systemisch gedacht werden: als Zusammenspiel von
28 Mietpolitik, Stadt- und Regionalentwicklung, Energie-, Infrastruktur- und
29 Bodenpolitik.

30 Unsere Wohnungspolitik verfolgt daher das Ziel, den Wohnungsmarkt langfristig
31 gemeinwohlorientiert umzubauen. Öffentliche und gemeinwohlorientierte Träger müssen
32 in die Lage versetzt werden, Wohnraum dauerhaft zu sichern, bezahlbar zu halten und
33 klimafreundlich zu entwickeln. Dazu braucht es eine aktive Landesregierung,
34 handlungsfähige Kommunen und eine klare Finanzierungsstrategie.

35 **Wohnungspolitik in der Stadt: Sozial steuern, Verdrängung verhindern, Housing First 36 ausbauen**

37 In den sächsischen Großstädten beobachten wir eine angespannte Lage: steigende

38 Mieten, angespannte Wohnungsmärkte, wachsender Druck auf Menschen mit niedrigen
39 Einkommen. Kommunale Wohnungsunternehmen müssen gestärkt und ihre sozialpolitische
40 Zielbindung geschärft werden. Instrumente wie Konzeptvergabe und Mietpreisbindung
41 müssen zum Standard werden. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger sind
42 als gleichberechtigte Partner zu fördern.

43 Die positiven Erfahrungen aus Wien zeigen, dass kommunale Wohnungsunternehmen, wenn
44 sie gut ausgestattet und klar ausgerichtet sind, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum
45 sichern können. Dieses Modell sollte als strategischer Bezugspunkt für die
46 sächsische Wohnungspolitik dienen.

47 Die Programme sächsischen Wohnraumförderprogramme für die Schaffung und Sanierung von
48 bezahlbarem Mietwohnraum und die Unterstützung für Student:innen- und Azubi-Wohnheime
49 müssen fortgeführt und ausgebaut werden.

50 Zudem braucht es einen Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe: Housing First hat
51 sich in Sachsen - insbesondere in Leipzig - als erfolgreich erwiesen. Menschen
52 erhalten zuerst eine Wohnung, dann freiwillige sozialarbeiterische Unterstützung.
53 Dieses Modell muss ausgebaut, gesetzlich verankert und verlässlich finanziert werden.

54 **Wohnungspolitik im ländlichen Raum: Leerstand nutzen, Infrastruktur stärken, rechte** 55 **Raumnahme verhindern**

56 Während in den Städten Wohnraum knapp wird, steht in vielen ländlichen Regionen
57 Sachsen leer. Statt Abrisspolitik braucht es eine gezielte Sanierungsförderung, eine
58 Stärkung kommunaler Planung und neue Instrumente, um Leerstand gemeinwohlorientiert
59 zu nutzen. Kommunale Boden- und Gebäudeentwicklungsfonds sind hierfür zentrale
60 Bausteine.

61 Gleichzeitig sehen wir Versuche rechtsextremer Akteure, durch gezielten
62 Immobilienkauf soziale Räume zu beeinflussen. Dem muss mit präventiver Boden- und
63 Liegenschaftspolitik begegnet werden: Rückkaufsrechte, Transparenzregister und
64 strategische Unterstützung für Kommunen sind notwendig.

65 Maßnahmen gegen rechte Raumnahme sollen umsetzbar und rechtlich abgesichert sein. Wir
66 fordern die Entwicklung landesrechtlicher Instrumente zur Abwehr politisch
67 motivierter Spekulation und extrem rechter Eigentümerstrukturen, inkl. einer
68 wirksamen Beratungsstruktur für die Kommunen.

69 **Kommunale Wärmeplanung und energetische Infrastruktur: Sozial, strategisch,** 70 **öffentlich**

71 Die Wärmewende muss sozial gestaltet werden. Sie ist ein wesentlicher Beitrag zur
72 Klimaneutralität - aber auch ein Kostenfaktor, der ungleich verteilt ist. Gerade
73 Menschen in unsanierten Gebäuden tragen heute die höchste Heizlast.

74 Die kommunale Wärmeplanung ist ein Schlüsselinstrument. Alle Kommunen ab 10.000
75 Einwohner:innen sollen bis spätestens 2027 zur Erstellung kommunaler Wärmepläne
76 verpflichtet werden - unterstützt durch Landesförderung. Dabei müssen soziale
77 Kriterien wie Energiearmutsschutz und Preisgerechtigkeit verbindlich berücksichtigt
78 werden.

79 Wir fordern gezielte Förderung von serieller Sanierung, transparente Preisstrukturen
80 bei Fernwärme, niedrigere Stromkosten für Wärmepumpen und Investitionen in kommunale
81 Netze. Der Zugang zu klimafreundlicher Wärme darf nicht vom Einkommen abhängen.

82 **Bodenpolitik: Demokratisch steuern, spekulativen Zugriff verhindern**

83 Bodenpolitik entscheidet darüber, wer bauen darf, zu welchen Preisen, mit welchen
84 sozialen Verpflichtungen. Kommunale und gemeinwohlorientierte Akteure brauchen Zugang
85 zu Flächen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb fordern wir: landeseigene
86 Bodenfonds, preislimitiertes Vorkaufsrecht, verpflichtende Konzeptvergaben, Baugebote
87 gegen Spekulation.

88 Dresden: Anpassung teilweise integriert: Wir erkennen an, dass Bodenpolitik
89 rechtssicher, aber auch handlungsfähig ausgestaltet werden muss. Es braucht
90 landespolitische Leitplanken und konkrete Unterstützung für Kommunen beim Aufbau
91 aktiver Bodenpolitik.

92 **Investitionen ermöglichen, statt an der Zukunft sparen**

93 Wohnungspolitik ist teuer - aber notwendig. Öffentliche Investitionen in Wohnraum,
94 Sanierung und Infrastruktur sind kein Luxus, sondern Voraussetzung für soziale
95 Gerechtigkeit. Die Schuldenbremse darf dabei nicht zur Investitionsbremse werden.

96 Wir fordern eine klare Priorisierung im sächsischen Haushalt zugunsten von
97 Wohnraumförderung, Wärmeinfrastruktur und kommunaler Planung. Das 500-Milliarden-
98 Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur muss zu einem relevanten Teil auch
99 wohnungspolitisch genutzt werden. Sachsen muss hier im Bundesrat aktiv werden.

100 **Wohnen als soziale Infrastruktur sichern**

101 Wohnen ist kein Nebenwiderspruch. Es ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer
102 Zeit - und muss als solche auch politisch behandelt werden. Eine gerechte
103 Wohnungspolitik verbindet soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit und
104 demokratische Kontrolle. Sie verlangt politische Entscheidungen, langfristige
105 Investitionen und klare Haltung. Die SPD Sachsen muss dabei Vorreiterin sein - in
106 Regierung, Parlament und Kommunen.

107 In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als
108 grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen der
109 Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen
110 Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen Großstädten,
111 insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

112 Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote in Europa, verzeichnete in den
113 letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei
114 Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte sind
115 geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig lange nach
116 bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an Wohnungen, das die
117 Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die Mieten steigen scheinbar
118 unaufhaltsam weiter.

119 In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu
120 sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken. Auch
121 das beobachten wir in Städten in Sachsen.

122 Zusätzlich sorgt ein angespannter Wohnungsmarkt für mehr Menschen, die in die
123 Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit fallen. Gerade Familien in prekären
124 Verhältnissen und Jugendliche, die ohnehin schon prekär leben und ggf. aus ihrem
125 Elternhaus ausziehen sind besonders davon betroffen. Um eine ähnliche Entwicklung

126 hier zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten Wohnungspolitik
127 abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht auf Wohnen in den
128 Mittelpunkt stellt.

129 Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien (Zeit
130 von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit regierte) zeigt,
131 dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch 100 Jahre später noch
132 effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale Wohnungsverwaltung „Wiener
133 Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gewährleistet werden kann. Infolge dieser
134 Politik zählt Wien zu den lebenswertesten Städten der Welt.

135 Außerdem wollen wir eine Wohnungspolitik die die Bedürfnisse der Menschen in den
136 Vordergrund rückt. Unser Ziel ist, dass jede*r die Möglichkeit hat, dort zu wohnen,
137 wo es am besten zum eigenen Leben passt. Und das entscheiden die Menschen am besten
138 selbst. Der Zugang zu Infrastruktur muss überall gesichert sein.

139 Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik
140 entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo
141 ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin setzte
142 sich 2021 der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zwar durch, wurde
143 aber von der SPD in Regierungsverantwortung vollständig ignoriert. Wir sind deshalb
144 umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren Großstädten aufzuhalten.

145 Forderungen:

146 1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen
147 sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner*innen:

148 • Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner*innen verpflichten, eine
149 kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten. Diese
150 Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger*innen Zugang zu kostengünstigem
151 Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Diese Dienststellen dienen
152 gleichzeitig auch als Anlaufstelle für Menschen, denen ein Wohnungsverlust
153 droht.

154 2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner*innen
155 bis 2035 in kommunale Hand:

156 • Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens die
157 Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner*innen in kommunales
158 Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die Rückabwicklung von
159 Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden oder spekulativ gehaltenen
160 Immobilien erfolgen. Hierfür muss der Freistaat die Kommunen entsprechend
161 großzügig finanziell unterstützen.

162 3. Zerschlagung von rechtsradikalen Immobilienbesitzer*innen

163 • Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Rekommunalisierung von Immobilien
164 liegen, die sich in rechtsradikalen Netzwerken befinden. Dadurch soll
165 gewährleistet werden, dass sich keine faschistischen Netzwerke in unseren
166 Kommunen niederlassen und zu starken Einfluss auf diese gelangen, wie es bspw.
167 in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.

168 4. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und
169 ökologischer Standards:

170 • Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen
171 Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen Standards
172 unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die Energieeffizienz als
173 auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen. Die kommunalen
174 Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

175 5. Milieuschutz gewährleisten:

176 • Der Freistaat Sachsen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen
177 Wohnbevölkerung schützen, indem höhere Hürden für Vermieter:innen gesetzt
178 werden, die aufgrund von Sanierung, Anbau von Balkonen oder Grundrissänderungen
179 des Wohngrundstückes den Mietpreis erhöhen wollen.

180 6. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

181 • Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und
182 ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür sollen
183 u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen bereitgestellt
184 werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des gesamten
185 Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig verwaltet
186 werden. Zudem soll sich Sachsen auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer
187 richtigen Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen.

188 7. Housing First durchsetzen

189 • Zu Wohnen als Grundrecht gehört auch die konsequente Bekämpfung von
190 Obdachlosigkeit. 2022 waren über 262.000 Menschen in Deutschland wohnungslos.
191 Dem muss entgegengetreten werden, indem wohnungslose Menschen mittels der
192 Dienststellen zur Vermittlung von Wohnungen eine Wohnung vermittelt bekommen.

193 8. Einbindung des Ordnungsamtes

194 • Um zu gewährleisten, dass obdachlose Menschen die nötige Hilfe bekommen, soll
195 das Ordnungsamt die nötige Hilfe leisten, dass obdachlose Menschen ein Termin
196 für eine Wohnungsvermittlung bekommen. Aus diesen Gründen muss das Ordnungsamt
197 darin geschult werden um einen respektvollen Umgang mit obdachlosen, sowie
198 suchtkranken Menschen an den Tag zu bringen.

199 9. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

200 • Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt, städtische
201 Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin zurückzuführen.
202 Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die betreffenden Grundstücke in
203 kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und überhöhte Bodenpreise zu
204 verhindern. Vorbilder wie die strategische Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen
205 dabei als Leitfaden dienen.

206 Des Weiteren wollen wir mit Blick auf die Wohnungsnot vieler Menschen in Großstädten
207 dem Wohnungsnotstand entgegenzutreten. Während die SPD im Bund ihr Wahlversprechen mit
208 den 400.000 Neubauwohnungen nicht halten wird, wird die Notlage immer größer. In
209 Dresden werden bis 2028 über 4.500 Neubauwohnungen pro Jahr benötigt. Dabei würde die
210 Nutzung der knapp über 13.000 leerstehenden Wohnungen helfen, aber das Problem nicht
211 lösen. Ähnlich sieht das Problem in Leipzig aus. Konsequenzen aus dem Mangel an
212 Wohnraum sind unter anderem steigende Mietpreise und drohende Wohnungslosigkeit. Aus
213 diesem Grund müssen wir neue Ansätze nutzen, um die Wohnungspolitik effizienter zu

214 gestalten.

215 Forderungen:

216 1. Modulares Bauen in den Vordergrund rücken und fördern

217 • Modulares Bauen ist eine effiziente Möglichkeit, um Wohnungen zu gestalten,
218 indem Bauelemente von Wohnungen in Fabriken hergestellt und zusammen mit den
219 anderen Elementen vor Ort zusammenmontiert werden. Dadurch können wir schnell
220 der Wohnungsnot entgegenzutreten.

221 2. Aufstockung und Nachverdichtung von nicht bewohnten Wohnungen und Gebäuden. sowie
222 Sanierung von unbewohnten Wohnungen

223 • Durch Aufstockung und Nachverdichtung schafft man neuen Wohnraum, indem man
224 neuen Wohnraum erweitert. Da dies häufig mit der Sanierung von bspw.
225 Altbauwohnungen einhergeht, kann man das mit der Sanierung und Reaktivierung von
226 leerstehenden Wohnungen verbinden.

227 3. Lockerung des Denkmalschutzes

228 • Viele unbewohnte Gebäude können schlecht saniert werden, da es zu Problemen mit
229 dem Denkmalschutz kommt. Um aber zu gewährleisten, dass der Wohnraum genutzt
230 werden kann, muss der Denkmalschutz gelockert werden.

231 4. Förderung von Co-Housing Formen

232 • Co-Housing Modelle sorgen dafür, dass sich mehrere Familien
233 Wohnungsinfrastruktur wie bspw. Küchen und Gemeinschaftsräume teilen. Diese
234 Wohnungsform ist ressourceneffizient und bietet ggf. alleinstehenden und/oder
235 älteren Personen ein soziales Umfeld im eigenen Zuhause.

236 5. Durchsetzung eines bundesweiten Mietendeckels.

237 • Mit dem gekippten Mietendeckel in Berlin ist klar. Ein Mietendeckel ist möglich,
238 aber nur auf Bundesebene umsetzbar. Wir fordern die Durchsetzung eines
239 Mietendeckels für ganz Deutschland, damit Wohnen für jede*n keine Frage des
240 Geldes ist. Es dürfen keine Gewinne mit den Notlagen von Menschen gemacht
241 werden. Darum fordern wir eine Wohnungspolitik statt einer Wohnungsmarktpolitik

242 Darüber hinaus wollen wir als Jusos gewährleisten, dass die eigene Wohnung mehr als
243 ein Schlafplatz ist. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung gewährleisten, welche
244 jeder*m eine Anbindung an Supermarkt, Gesundheitsversorgung und Behörde bietet, aber
245 auch die Möglichkeit sich in ein soziales Gefüge zu integrieren. Die Anbindung zu
246 Freizeiteinrichtungen und Kultur ist ebenso zentral.

247 Forderungen:

248 1. ÖPNV-Netz in Städten ab 50.000 Einwohner bis 2035 stärken

249 • Ein engmaschiges ÖPNV-Netz nach dem Vorbild Zürichs, in allen sächsischen
250 Städten ab 50.000 Städten, mit einer 10-Minuten-Taktung einer Linie in allen
251 Stadtteilen, die in die Kernstadt führt.

252 2. Anbindung in jeder Gemeinde gewährleisten

253 • Umsetzung von flächendeckender Infrastruktur, sodass jede Gemeinde in Sachsen
254 eine Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat, die im 30-Minuten-Takt eine
255 Person bis zum nächsten Supermarkt, Krankenhaus und zur nächsten Apotheke und
256 Schule befördern können.

257 4. Anbindung zwischen kleineren und größeren Städten ausbauen

- 258 • Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt in jeder Stadt ab 10.000 Einwohner, welche
259 eine Stadt mit mindestens 50.000 Einwohner*innen bedienen.

260 5. Digitalisierung der Infrastruktur

- 261 • Um die Machbarkeit zu gewährleisten, muss die nötige Technologie zur
262 Digitalisierung sowie des autonomen Fahrens von bspw. Bussen evaluiert und wenn
263 möglich implementiert werden.

264 Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial gerechten
265 Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert werden. Die
266 Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von Wohnraum in
267 öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und genossenschaftlicher
268 Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen Entwicklungen in Sachsens
269 Städten entgegenzuwirken.

270 Zusätzlich wollen wir ermöglichen, dass alle ihren Supermarkt sowie alle wichtigen
271 Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen von ihrer Wohnung schnell und sicher erreichen
272 können. Denn der Wohnort darf niemanden exkludieren und keine gesellschaftliche
273 Benachteiligung zur Folge haben. Wir Jusos Sachsen fordern daher eine Landespolitik,
274 die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern aktiv gestaltet und den Wohnraum
275 als gemeinschaftliches Gut versteht.

Antrag KVV 6: Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	Kommunales, Verkehr und Wohnen

1 Der Landesparteitag möge beschließen, die SPD-Landtagsfraktion aufzufordern, sich für
2 eine grundlegende Neuausrichtung der integrierten Stadt- und Gemeindeentwicklung im
3 Freistaat Sachsen einzusetzen. Ziel ist ein verbindlicher gesetzlicher Rahmen, der:

- 4 - die Erstellung, Evaluation und Fortschreibung von INSEK/INGEKO als kommunale
5 Pflichtaufgabe verankert,
- 6 - einen verbindlichen sozialen und ökologischen Standard etabliert,
- 7 - eine flächendeckende und auskömmliche Finanzierung über Landesmittel garantiert –
8 unabhängig von der Finanzkraft der Kommune,
- 9 - und verbindlichdemokratische Mitgestaltung durch Bürger:innen, insbesondere
10 marginalisierte Gruppen und Jugendlicher, gesetzlich sichert.

11 INSEK/INGEKO sind keine reinen Verwaltungsinstrumente – sie sind der politische
12 Kompass für die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden. Deshalb müssen sie:

- 13 - verbindlich sozial und klimagerecht ausgestaltet sein: Öffentliche Investitionen
14 dürfen nicht länger an Gentrifizierung, Marktlogik oder private
15 Investor:inneninteressen geknüpft werden, sondern müssen sich am Gemeinwohl, am
16 Bedarf der Menschen und an den planetaren Grenzen orientieren.
- 17 - unter demokratischer Kontrolle stehen: Die Erstellung darf nicht länger exklusiv in
18 Amtsstuben stattfinden. Stattdessen fordern wir eine gesetzliche Beteiligungspflicht
19 für Mieter:inneninitiativen, Umweltverbände, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und
20 migrantische Selbstorganisationen – mit echten Entscheidungsbefugnissen.
- 21 - öffentlich und nachvollziehbar sein: Alle Konzepte, Zwischenstände, Sitzungen und
22 Vergabeschritte sind barrierefrei zu veröffentlichen.

23 Der strukturelle Ausschluss finanzschwacher Kommunen von Fördermitteln ist eine Form
24 von sozialer Spaltung. Wer sich keine INSEK-Erstellung leisten kann, wird
25 systematisch von Entwicklung ausgeschlossen – das ist nicht nur ungerecht, das ist
26 undemokratisch.

27 Planungshoheit darf keine Frage der Kassenlage sein. Die sozialistische Antwort
28 heißt: öffentliche Planung für öffentliche Interessen – demokratisch, solidarisch,
29 verbindlich.

30 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, den von der
31 Fachstelle für integrierte Gemeindeentwicklung zur Verfügung gestellten
32 Handlungsleitfaden zu einem landesweit verbindlichen Standard der INSEK/INGEKO
33 Erstellung weiterzuentwickeln und gleichzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung dafür

- 34 Sorge zu tragen, dass die INSEKO/INGEKO-Erstellungen, die auf der Basis dieses
35 Standards erfolgen, vollständig aus Landesmitteln finanziert werden.
36 Der Handlungsleitfaden inkl. Arbeitsblätter ist weiterzuentwickeln zu einem digitalen
37 Dashboard, welches allen Kommunalverwaltungen zur Verfügung steht.
38

Antrag KVW 7: Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	Kommunales, Verkehr und Wohnen

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion sowie die
2 sozialdemokratischen Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung weiterleiten:

3 1. Finanzielle Absicherung: Die SPD fordert eine verlässliche Finanzierung der
4 kommunalen Theater in den sächsischen Kulturräumen, z.B. des Theaters Plauen-
5 Zwickau, um deren langfristigen Erhalt zu sichern.

6 2. Evaluierung des sächsischen Kulturraumgesetzes: Die SPD setzt sich für eine
7 Anpassung des Kulturraumgesetzes ein, um eine gerechtere und bedarfsgerechte
8 Verteilung von Fördermitteln zu erreichen.

9 3. Breite politische Unterstützung: Die SPD arbeitet aktiv mit anderen Akteuren aus
10 Kultur, Politik und Wirtschaft zusammen, um das Theater als unverzichtbaren
11 Bestandteil der Region zu erhalten.

12 4. Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Die SPD wird sich in der Öffentlichkeit und
13 in politischen Gremien für den Erhalt der Kultur stark machen und dabei auch
14 Initiativen wie Bürgerpetitionen und Spendenaktionen unterstützen.

15 **Begründung:**

16 Die SPD Sachsen setzt sich auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene
17 verstärkt für die nachhaltige Sicherung und Förderung kultureller Einrichtungen im
18 Landkreis Zwickau ein. Dies betrifft insbesondere das Theater Plauen-Zwickau, das
19 seit Jahren unter massiven finanziellen Engpässen leidet und akut in seinem Bestand
20 gefährdet ist.

21 Kultur ist kein Luxus, sondern essenzieller Bestandteil einer lebendigen
22 Gesellschaft. Sie bietet Raum für Bildung, Inspiration und Gemeinschaft. Gerade in
23 Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen. Dennoch sehen sich viele
24 Kultureinrichtungen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, mit finanziellen
25 Kürzungen konfrontiert.

26 Das Theater Plauen-Zwickau als eine der wichtigsten Kulturinstitutionen der Region
27 ist in seiner Existenz bedroht. Bereits in den vergangenen Jahren wurde massiv
28 eingespart:

- 29 • Zusammenlegung von Personalstellen, wodurch künstlerische und technische Abläufe
30 erschwert wurden.
- 31 • Steigende Kosten für Energie und Personal, während die Fördermittel auf
32 gleichbleibendem Niveau stagnieren.
- 33 • Weniger Planungssicherheit, was zu Vorstellungsausfällen führt und langfristig
34 das Publikum vergrault.

35 Ein kultureller Kahlschlag hätte nicht nur Folgen für die Beschäftigten des Theaters,

36 sondern auch für die gesamte Region: Bildungseinrichtungen, lokale Wirtschaft und das
37 gesellschaftliche Leben insgesamt würden massiv darunter leiden.

38

Antrag P 1: Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour

Antragsteller*in:	OV Hoyerswerda und Umgebung
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	Parteileben

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Landesvorstand Sachsen*
2 *weiterleiten:*

3

4 Wir bitten den SPD-Landesvorstand Sachsen um die Erledigung zweier Arbeitsaufträge:

5

6 1. Fortführung der SPD-Ochsentour ab 2026 nach konzeptioneller Überarbeitung anhand
7 mindestens folgender Prämissen:

- 8 • a) Zielgruppenansprache - Vielfalt und Inklusion
- 9 • b) Inhalte der Module - Praktische Anwendbarkeit
- 10 • c) Zeitrahmen und Veranstaltungsformate
- 11 • d) Anpassungsfähigkeit auf aktuelle politische Ereignisse
- 12 • e) Motivation und langfristige Bindung
- 13 • f) Finanzierbarkeit und Förderung

14

15 2. Durchführung eines SPD-Ochsentour-Alumnitreffens für alle Jahrgangsteilnehmenden
16 ab 2017 zum 10-jährigen Jubiläum im Jahr 2027. Mit den Zielen:

- 17 • a) Netzwerkaufbau und -pflege
- 18 • b) Förderung politischer Initiativen
- 19 • c) Mentoring und Unterstützung

20

21 Zu 1.) Mögliche Fragestellungen für die konzeptionelle Überarbeitung sind:

- 22 • *Welche zusätzlichen Maßnahmen könnten ergriffen werden, um eine breitere Gruppe*
23 *von Menschen zu erreichen, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder*
24 *Menschen aus ländlichen Regionen? Wie können die genderspezifischen Ziele weiter*
25 *ausgebaut werden?*
- 26 • *Die bisherigen Formate setzen auf klassische Präsenzseminare. Sollten auch*
27 *hybride Modelle (z. B. Online-Formate oder Webinare) angeboten werden, um eine*
28 *breitere Zielgruppe anzusprechen?*
- 29 • *Sollten die Modulinhalte stärker auf digitale Kommunikation in den sozialen*
30 *Medien fokussiert werden? Wie können neue Technologien und Kommunikationsformen*
31 *berücksichtigt werden?*
- 32 • *Wie flexibel sollten die Seminarkonzepte sein, um auf aktuelle politische*

33 *Ereignisse zu reagieren?*

- 34 • *Wie können die Module interaktiver und praxisorientierter gestaltet werden? Zum*
35 *Beispiel "Krisenmanagement und Führung in schwierigen Zeiten". Welche neuen*
36 *Herausforderungen müssen die Führungskräfte in der SPD ansprechen? Wie kann*
37 *Mitgliederüberzeugung aus Ausbildungsthema aufgenommen werden?*
- 38 • *Welche externen Expert*innen könnten als Berater*innen oder Seminarleiter*innen*
39 *eingebunden werden?*
- 40 • *Wie kann ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Teilnehmenden gefördert*
41 *werden? Wie kann der Erfolg der Teilnehmer*innen langfristig verfolgt werden?*
42 *Wie kann die langfristige Bindung der Teilnehmer*innen an die SPD gestärkt*
43 *werden?*

44

45 Zu 2.) Alumni-Treffen:

- 46 • *Eine stärkere Nachbetreuung oder der Aufbau von Karrierenetzwerken könnte*
47 *helfen, die Teilnehmerinnen auch nach dem Seminar in der SPD aktiv zu halten.*
- 48 • *Die Ergebnisse der Seminarteilnehmer*innen, wie etwa politische Engagements oder*
49 *der Einstieg in öffentliche Ämter, sollten erfasst und gefeiert werden, um die*
50 *Motivation für zukünftige Generationen zu erhöhen.*
- 51 • *Praktische Erfahrung in der Politik ist entscheidend. Eine Zusammenarbeit mit*
52 *aktiven Politikern in realen Projekten und Kampagnen soll Teil des Programms*
53 *werden.*

Antrag P 4: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren

Antragsteller*in:	OV Leipzig-Mitte
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	Parteileben

- 1 Der **Landesparteitag** der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 1. Der Landesverband Sachsen beginnt unmittelbar mit der strategischen
3 Weiterentwicklung seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist nicht nur eine
4 größere Sichtbarkeit, sondern eine glaubwürdige und langfristig wirkende politische
5 Kommunikation, die Vertrauen schafft, Mobilisierung ermöglicht und Mehrheiten für
6 sozialdemokratische Politik organisiert.
- 7 2. Öffentlichkeitsarbeit verstehen wir dabei nicht nur als „Bewerbung“ bestehender
8 Inhalte oder kurzfristige Reaktion auf die politische Nachrichtenlage.
9 Öffentlichkeitsarbeit muss politisch sein – sie muss Erzählungen schaffen,
10 Orientierung geben und zum Mitmachen einladen. Dafür braucht es verbindende
11 Leitnarrative, die konsequent über alle Ebenen der Partei hinweg entwickelt und
12 kommuniziert werden.
- 13 3. Der Landesverband entwickelt eine strategische Kommunikationslinie, die
14 systematisch auf Kampagnenfähigkeit, digitale Präsenz und politische Intervention
15 zielt. Diese umfasst:
- 16 • den gezielten Ausbau der personenbezogenen Kommunikation über Social Media,
17 • eine stärkere inhaltliche und organisatorische Verzahnung der
18 Öffentlichkeitsarbeit zwischen Ortsvereinen, Unterbezirken und dem
19 Landesverband,
20 • die Anwendung und Weiterentwicklung bereits erprobter Kommunikationsformate aus
21 Gliederungen, die öffentlichkeitswirksam arbeiten – zum Beispiel und
22 insbesondere aus der Kampagnenarbeit der Jusos,
23 • sowie regelmäßige Qualifizierungsangebote für Mitglieder mit Schwerpunkt auf
24 politischer Sprache, Bildsprache, Community-Management und Debattenführung.
- 25 4. Es wird ein partizipativer Prozess angestoßen, um gemeinsam mit Ehrenamtlichen,
26 Hauptamtlichen und externen Expert*innen eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln,
27 die in den kommenden Wahlkämpfen Orientierung bietet – über kurzfristige Schlagzeilen
28 hinaus. Ziel ist es, politische Kommunikation in Sachsen wieder stärker auf Haltung,
29 Konfliktfähigkeit und das Gewinnen von gesellschaftlicher Zustimmung auszurichten.

Antrag WKU 1: Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 Die SPD Sachsen fordert die Mitglieder von SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, in der
- 2 Sächsischen Staatsregierung, SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im
- 3 Europäischen Parlament auf, durch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik:
- 4 • sächsische Unternehmen bei der Sicherstellung technologischer und insbesondere
- 5 digitaler Souveränität zu unterstützen und damit auch wirtschaftliche Chancen in
- 6 Zukunftsbereichen zu eröffnen,
- 7 • sächsische Unternehmen bei der Diversifizierung von fairen, nachhaltigen und
- 8 menschenrechtskonformen Lieferketten zu bestärken und neue Märkte zu
- 9 erschließen,
- 10 • alle nötigen Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen
- 11 Energiequellen verstärkt anzugehen und dabei die Menschen vor Ort einzubinden,
- 12 • auf europäischer Ebene für geeinte, wertebasierte und gleichwohl wirksame
- 13 Handels- und Wettbewerbspolitik zu kämpfen.

Antrag WKU 2: Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten

Antragsteller*in:	PG Klima & Energie der SPD Sachsen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag sowie an den Staatsminister für Klima & Energie weiterleiten:
- 3 Das Gelingen einer ambitionierten und sozial gerechten Klima- und Energiepolitik ist
4 für den sozialen Frieden der Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit der sächsischen
5 Wirtschaft und auch für das Einhalten des globalen 1,5 Grad-Ziels unabdingbar. Durch
6 die Koalitionsverträge von Union und SPD in Bund und Land ist der politische Rahmen
7 abgesteckt, in dem Sachsen die Energiewende umsetzen wird.
- 8 Eine erfolgreiche sozialdemokratische Klima- und Energiepolitik bringt die
9 Erfordernisse der notwendigen Transformation mit dem Anspruch einer sozial gerechten
10 und ganzheitlichen Vorgehensweise zusammen:
- 11 • Das beschlossene **Sondervermögen Infrastruktur** des Bundes kann einen wichtigen
12 Beitrag leisten, um die Lasten der Transformation zu tragen. Die finanziellen
13 **Bedarfe für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 sollten priorisiert**
14 werden. Vordringlich ist die Förderung der kommunalen Wärmeplanung, damit die
15 Städte und Gemeinden bis 2027 belastbare Konzepte für eine klimaneutrale
16 Wärmeversorgung entwickeln und diese dann auch umsetzen können. Ferner soll sich
17 die Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen und
18 dem Klimatransformationsfonds des Bundes auch für die **Klimaanpassung** eingesetzt
19 werden können. Durch kluge Investitionen in intelligenten Hochwasserschutz und
20 Wasserhaltung, Waldumbau oder urbane Hitzeschutzkonzepte können künftige Kosten
21 erheblich vermieden werden.
 - 22 • Im Bereich der Wärmeversorgung sind erhebliche Anstrengungen nötig, um einen
23 absehbaren **Preisschock für Verbraucher:innen** durch die Eingliederung des
24 Wärmesektors in das **CO2-Emissionshandels**-System EU-ETS 2 ab 2027 **abzufedern**. Es
25 hängt in erster Linie davon ab, ob eine schnelle Dekarbonisierung im Rahmen der
26 Kommunalen Wärmeplanung gelingt. Der Freistaat soll sich beim Bund und der EU
27 dafür einsetzen, dass der Klimasozialfonds der EU zur **Abfederung von sozialen**
28 **Härten** angemessen ausgestattet wird und dass der Bund eine entsprechende
29 Kompensation der Preisanstiege infolge des Emissionshandels, vor allem für
30 private Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen auf den Weg bringt, z.B.
31 durch ein Klimageld oder eine Berücksichtigung beim Wohngeld. Bei der Errichtung
32 eines Investitionsfonds für Wohnungsbau und Energieinfrastruktur soll auch der
33 (Gebäude)Wärmesektor einbezogen werden.
 - 34 • Für den Erfolg der Energiewende benötigen wir alle regenerativen Energiequellen.
35 Die **Geothermie** hat als Energieträger für Wärme, Strom und die industrielle
36 Nutzung ein **großes Potential in Sachsen**. Im Vogtland, aufgrund seiner

- 37 seismischen Aktivität, und in den ehemaligen Steinkohlerevieren des Erzgebirges
38 und des Landkreises Zwickau, durch die Nutzung von Grubenwässern, bestehen
39 vielversprechende Ansätze für die Nutzung von Erdwärme. Die Staatsregierung soll
40 mit ihren nachgeordneten Behörden die Potentiale prüfen und eine
41 **Geothermie-Strategie für Sachsen entwickeln**. Dabei ist die Einbindung von
42 Wissenschaft, kommunalen Akteur:innen und Wirtschaftsakteuren bereits im
43 Strategieprozess sicherzustellen. Pilotprojekte mit Forschungs- und
44 Demonstrations-Charakter sollen gezielt gefördert werden. Das SMWA sollte
45 hierbei eine federführende Rolle einnehmen.
- 46 • Die **Rahmenbedingungen für Windenergieausbau** wollen wir **entbürokratisieren** und
47 **flexibilisieren**. Die von der Staatsregierung vorgeschlagene Aktualisierung der
48 Flächenziele wird kurzfristig für Planungssicherheit sorgen. In den
49 Planungsverfahren setzen wir uns für Entbürokratisierung ein: So soll die
50 **Flexiklausel**, die es Gemeinden erlaubt, eigenverantwortlich Windgebiete
51 auszuweisen, entfristet und für Windenergieanlagen die **bauordnungsrechtliche**
52 **Abstandsfächenregelung** (wie in Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen)
53 **abgeschafft** werden.
 - 54 • Zur **Beschleunigung der Energiewende** sollen geeignete **Landesflächen im**
55 **Eigenbedarfgenutzt oder verpachtet** werden. Diese Dienstleistung ist auch den
56 Kommunen anzubieten. Es ist zu prüfen, ob ein Landesfonds aufgelegt werden kann,
57 der etwa Anteile des Generationenfonds in entsprechenden Vorhaben rentierlich
58 anlegt. Dieser Fonds könnte auch für die Sächsischen und Sachsen geöffnet werden,
59 damit diese die Möglichkeit haben, in ein klimaneutrales Sachsen von morgen zu
60 investieren.
 - 61 • Der Netzausbau muss dezentral, nachhaltig und resilient gestaltet werden. Dazu
62 zählen der Ausbau von Speichertechnologien (z. B. Wasserstoff, Batterieparks)
63 sowie die stärkere Vernetzung zwischen Stadt und Land. Die Staatsregierung soll
64 sich beim Bund für ein modernes Strommarktdesign einsetzen, das fluktuierende
65 Einspeisung durch Erneuerbare effizient integriert - etwa durch flexible
66 Wechselstromtaktung, eine Reform der Netzentgelte und die Förderung
67 intelligenter Laststeuerung.
 - 68 • Wir fordern eine Strompreisreform, die gezielt Entlastungen für Haushalte mit
69 niedrigem Einkommen sowie für energieintensive und im internationalen Wettbewerb
70 stehende Unternehmen schafft. Dazu gehört für uns ein Industriestrompreis, den
71 wir mit klaren ökologischen und sozialen Transformationszielen verknüpfen. Das
72 bedeutet für uns auch die Dekarbonisierung der Produktion, die Stärkung der
73 Tariftreue und die Schaffung guter Arbeitsbedingungen. Zudem braucht es gezielte
74 Investitionen
75 in öffentliche Infrastruktur zur Energieversorgung, damit der Zugang zu
76 bezahlbarem Strom keine Frage des Wohnorts ist.
 - 77 • Die Energiewende lebt von ihrer **Akzeptanz**. Der Freistaat Sachsen benötigt eine
78 angepasste **Strategie für die Akzeptanz der Energiewende**, die
79 gesamtgesellschaftlich trägt und auch auf kommunaler Ebene überzeugt. Hierfür
80 muss der Freistaat im Verbund mit der kommunalen Ebene, der Wissenschaft und der
81 Zivilgesellschaft für die Energiewende eintreten. Es bedarf einer **klaren und**
82 **widerspruchsfreien Kommunikation auf allen staatlichen Ebenen**. Dazu gehört, auch

83 Gegennarrative und -kampagnen gegen Desinformation, Fake Science und
84 Verschwörungsmythen zu entwickeln und vor Ort frühzeitige und starke
85 Überzeugungsarbeit zu leisten. Entsprechende Akteure wie die SAENA sollten dafür
86

87 • gestärkt oder die Einrichtung regionaler Energieagenturen geprüft werden. Wir
88 setzen uns dafür ein, dass Bürgerenergiegenossenschaften bevorzugt Zugang zu
89 Landesflächen erhalten und systematisch gefördert werden. Alle Menschen in
90 Sachsen sollen sich aktiv an der Energiewende beteiligen können - nicht nur
91 große Investoren.

92 • gestärkt oder die Einrichtung regionaler Energieagenturen geprüft werden.

93 • Die Zukunft der Energiewirtschaft ist erneuerbar. Wir begrüßen Initiativen aus
94 der Wirtschaft für die Energiewende, wie den Appell „**Unternehmen für Sachsens
95 Zukunft - der Freistaat braucht die Energiewende**“. Für die Akzeptanz der
96 Energiewende ist es notwendig, deren Bedeutung für die sächsische Wirtschaft
97 hervorzuheben. Das SMWA soll gemeinsam mit den IHKs, den Wirtschaftsverbänden
98 und der Industrie eine Plattform schaffen, die für die **wirtschaftliche
99 Notwendigkeit der Energiewende in den Verbänden, in den Betrieben und in der
100 Öffentlichkeit** wirbt.

101 • Akzeptanz entsteht auch durch eine **angemessene wirtschaftliche Beteiligung**.
102 Deshalb wollen wir das bestehende sächsische
103 **Erneuerbarer-Energien-Ertragsbeteiligungsgesetz weiterentwickeln**. Künftig soll
104 zusätzlich zu den 0,2 Cent/kWh bei Wind und 0,1 Cent/kWh bei Solar für die
105 Gemeinden auch 0,1 Cent/kWh **verpflichtend an die Bürger:innen ausgeschüttet**,
106 beispielsweise in Form von Bürger:innen-Stromtarifen. Darüber hinaus **fördern wir
107 verstärkt Bürger:innen-Energiegenossenschaften**, etwa durch Beratung und
108 Netzwerkarbeit.

109 Als Sozialdemokrat:innen begreifen wir Klima- und Energiepolitik als **solidarische
110 Gemeinschaftsaufgabe**: Wir schaffen gesellschaftliche Akzeptanz durch Teilhabe, setzen
111 Wachstumsimpulse durch Investitionen in die Infrastruktur und sorgen durch einen
112 Lastenausgleich für soziale Gerechtigkeit. Auf diese Weise bringen wir die
113 Energiewende wieder auf die Erfolgsspur und machen sie zu einem Erfolgsprojekt für
114 Sachsen und fürs Klima.

Antrag WKU 4: Bürgerklimazentren in jeder Stadt

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die Landtagsfraktion, die
2 sozialdemokratischen Mitglieder Landesregierung, und den Bundesparteitag
3 weiterleiten:
- 4 Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für den bundesweiten
5 Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Netzes von Bürgerklimazentren einzusetzen. Diese
6 sollen nicht nur Informations- und Beteiligungsstellen sein, sondern demokratisch
7 legitimierte Transformationsagenturen, die lokale Klimapolitik mit echter
8 Mitbestimmung, Bildungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich verzahnen. Finanziert
9 werden sollen sie dauerhaft und vollständig durch den Bund – außerhalb der
10 Schuldenbremse und in Verantwortung für die globale Klimagerechtigkeit.
- 11 Die SPD spricht sich dafür aus, dass vom Bund geförderte Bürgerklimazentren
12 flächendeckend eingerichtet werden, mit dem Ziel, den Klimaschutz auf
13 kommunaler Ebene schneller, effektiver und partizipativer umzusetzen. Die zunehmende
14 Komplexität von Klimaschutzmaßnahmen, Fördermitteln, kommunalen Netzwerken und
15 Bürgerbeteiligungsprozessen macht eine professionelle, kontinuierliche Begleitung
16 unabdingbar. Ehrenamtliche Strukturen können diese Anforderungen nicht ausreichend
17 erfüllen.
- 18 Die SPD Sachsen setzt sich für die Schaffung flächendeckender kommunaler Strukturen
19 im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung für einen wirksamen Klimaschutz vor Ort
20 ein. Dieses Ziel ist bei der notwendigen Reform der Finanzbeziehung des Freistaates
21 Sachsen mit den Sächsischen Kommunen, insbesondere im Sächsischen
22 Finanzausgleichsgesetz stärker zu berücksichtigen.
- 23 Für ein Gelingen der Energiewende ist vor Allem die Akzeptanz in der Bevölkerung z.B.
24 für den Bau von deutlich mehr Windkraft- und Solaranlagen absolut notwendig. Darum
25 streben wir deutlich mehr Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten für sächsische
26 Kommune und die Bürger:innen an.
- 27 In jedem Zentrum sind mindestens zwei tariflich entlohnte, unbefristete
28 Vollzeitstellen durch den Bund zu schaffen. Um langfristige Strategien und
29 partizipative Prozesse wirksam umzusetzen, braucht es verlässliche Strukturen
30 jenseits von Projektlogik, Befristung und überforderter Ehrenamtlichkeit.
- 31 Die Mitarbeitenden der Bürgerklimazentren sollen sich untereinander vernetzen, um
32 voneinander zu lernen, bewährte Ansätze zu teilen, gemeinsame Standards zu entwickeln
33 und Doppelstrukturen sowie ineffektive Umwege zu vermeiden.
- 34 Die Bürgerklimazentren sollen auch Orte politischer Bildung sein: Sie sollen
35 insbesondere jungen Menschen Werkzeuge und Räume bieten, um sich kritisch mit
36 Klima(un)gerechtigkeit, globalen Machtverhältnissen und lokalen

37 Handlungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen. Dabei sollen explizit auch Perspektiven
38 von von der Klimakrise besonders betroffenen Gruppen – etwa Menschen mit
39 Migrationsgeschichte, arme Haushalte oder junge Menschen – einbezogen und gestärkt
40 werden.

41 Mit dem Fokus auf kleine Mittelstädte wird zugleich der ländliche Raum gezielt
42 gestärkt. Diese Regionen tragen bisher oft überdurchschnittlich viele Lasten der
43 Transformation, erhalten aber unterproportional wenig strukturierte Unterstützung.
44 Bürgerklimazentren können hier als Ankerpunkte dienen – für Klimaschutz, regionale
45 Wertschöpfung und neue Formen demokratischer Teilhabe.

46 Insbesondere strukturschwächere Regionen im ländlichen Raum werden durch den Fokus
47 auf Zentren gezielt gestärkt – nicht nur infrastrukturell, sondern auch demokratisch.
48 Denn Klimapolitik ist nur gerecht, wenn sie von unten gedacht wird: sozial,
49 ökologisch und solidarisch. Die Bürgerklimazentren können hierbei als demokratische
50 Ankerpunkte für regionale Resilienz, solidarisches Wirtschaften und
51 intergenerationellen Dialog wirken.

Antrag WKU 5: Genoss*innenschaften für alle!

Antragsteller*in:	UB Dresden
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den Bundesparteitag der*
2 *SPD an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Eine Demokratie, in der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt,
5 ist langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung
6 sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.

7

8 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der
9 Besitz an Produktionsmitteln nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern
10 gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch
11 Eigentümer*innen sind) der Betriebe liegen.

12

13 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
14 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind
15 aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte
16 beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar
17 Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen
18 Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere
19 Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen
20 Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen
21 verstehen.

22

23 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des
24 Genoss*innenschaftsmodells, sondern auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu
25 neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-
26 Genoss*innenschaften.

27 Dabei lohnt es sich, die in Sachsen in Grundzügen bereits existierende
28 Grundinfrastruktur zu nutzen. Beispielsweise berät die SAENA GmbH
29 Genoss*innenschaften zu einer energieeffizienten Arbeitsweise. Um diese grundlegende
30 Beratung zu institutionalisieren, fordern wir die Etablierung einer landesweiten
31 Beratungsstelle für Genoss*innenschaften. Dabei soll das Staatsministerium für
32 Wirtschaft als Schirmherr auftreten. Das RKW Sachsen e. V. soll dabei als zentraler
33 Umsetzungspartner und „one stop shop“ für Beratung und Unterstützung bei der
34 Genossenschaftsgründung und -entwicklung dienen. Die Förderabwicklung könnte dabei
35 von der SAB sichergestellt werden. Fachliche Expertise und Musterlösungen können
36 durch die Genossenschaftsverbände eingebracht werden, während die wissenschaftliche
37 Begleitung durch Kooperation mit den sächsischen Hochschulen erfolgen kann. Durch

38 diese Struktur können bestehende Ressourcen optimal vernetzt und eine effiziente,
39 landesweite Anlaufstelle für alle Fragen zu Genossenschaftsmodellen geschaffen
40 werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine
41 Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der
42 Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation mehrerer
43 betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

44

Antrag WKU 6: Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
2 *Mitglieder in der Staatsregierung weiterleiten*

3 ~~Wir fordern eine politische Regelung zur Verringerung des (Straßen) Katzenleids in~~
4 ~~Form einer landesweiten Katzenschutzverordnung!~~

5

6 Ersetze Zeile 3 bis 4 durch:

7 Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der Tierschutzvereine in Sachsen umfassend
8 unterstützen. Wir setzen uns für einen starken Tierschutz ein, der auf wirksamen
9 Maßnahmen basiert und die bisherige Förderpolitik, insbesondere für die Kastration,
10 Kennzeichnung und Versorgung freilebender Katzen, konsequent fortsetzt sowie ausbaut.
11 Zudem setzen wir uns dafür ein, die Wirksamkeit und den Bedarf an zusätzlichen
12 Maßnahmen im Katzenschutz kontinuierlich weiterzuentwickeln und dabei den Erlass
13 einer Katzenschutzverordnung zu berücksichtigen.

Antrag WKU 7: Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 *Der Parteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
- 2 *Regierungsmitglieder weiterleiten.*
- 3 Sachsen braucht einen neuen Tierschutz Beirat des Landes mit einer der heutigen Zeit
- 4 angemessenen Besetzung, mit Berücksichtigung von wirklichen Tierschutz Themen und er
- 5 braucht eine bessere Einbindung in seiner beratenden Funktion für die
- 6 Staatsregierung.